

# **b** unabhängige **auernstimme**



Am 10. Oktober demonstriert ein breites gesellschaftliches Bündnis in Berlin gegen Freihandel auf Kosten von Demokratie und bäuerlicher Landwirtschaft.



Krebserregend, bienengefährlich oder harmlos – Glyphosat steht in der Kritik. Von der möglichen Neuzulassung ist ein ganzes Ackerbausystem betroffen.



Solidarität zwischen Stadt und Land, Verbrauchern und Bauern ist in Zeiten ruinöser Erzeugerpreise wichtiger denn je. Weniger Anonymität, mehr Qualität.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Nürnberger

## **Milchkrise öffentlich**



**Die Seite 3**

Unordnung auf dem Acker ..... 3



**Agrarpolitik**

USA: Vieles spricht gegen TTIP ..... 4

Gerangel um Anbauverbote geht weiter ..... 5

Aufbruch in die Moderne? ..... 16



**Bewegung**

Königsdisziplin: Den Pflug stehen lassen ..... 6

Pflügen oder spritzen? ..... 6

Agrarwende als Perspektive ..... 7

Stein des Anstoßes ..... 8

AbL-Thüringen lädt zum Hofbesuch ..... 17

Auf fruchtbaren Boden ..... 18



**Markt**

Neuland Nord arbeitet weiter ..... 10



**Schwerpunkt**

Wie ernst ist ernst? ..... 11

Nächster Schritt Agrarministerkonferenz Fulda ..... 12

Exportmärkte sind nicht die Lösung ..... 13

Eine Preiskrise - zwei Demos ..... 14



**Weitere Themen**

Unterwegs mit Lucia Egner, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Landleben, Seite 19; Leserbrief, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 2



Foto: Dott

# Milchmarkt: Statt im Stall auf der Straße

Es war absehbar. Mit dem Wegfall der Quote setzte eine gefährliche Überproduktion und somit ein dramatischer Preisverfall ein. Nicht absehbar ist, wie lange dieser Preisverfall andauern wird. Es gibt nur einen Weg, den Milchpreis wieder anzuheben und der heißt Mengenanpassung – Angebot und Nachfrage müssen im Einklang stehen. Aber es gibt zwei Wege, dieses Ziel zu erreichen.

Der erste Weg sieht Rahmenbedingungen vor, um europaweit die Milchmenge an den Bedarf anzupassen. Um das von der Politik einzufordern, sind die Bauern zurzeit europaweit auf der Straße. Auch jeder einzelne Milchbauer zu Hause muss Verantwortung übernehmen, weniger melken und damit eine positive Veränderung hin zu höherer Lebensleistung, weniger Kraftfutter und gesünderen Tieren einleiten.

Der zweite, von Bauernverband und Bundesregierung angestrebte, Weg heißt: Strukturwandel. Auf deutsch: Bauern werden in die Pleite getrieben und müssen somit ihre Milchproduktion einstellen.

Schmidt und Merkel sind die entscheidenden Verfechter dieser, wie sie es nennen, Marktliberalisierung. In einem Antwortschreiben aus dem Hause Schmidt wurde das vom EMB geforderte Marktkriseninstrument zur Mengenanpassung abgelehnt.

- Begründung:
- Die individuelle Entscheidungsfreiheit von Erzeugern wird beschränkt
- Der Marktzugang neuer Erzeuger wird erschwert
- Rückwirkungen auf andere Agrargütermärkte sind wahrscheinlich
- Die Wohlfahrtseffekte sind negativ (v. a. Verbraucher)
- Der Strukturwandel wird gehemmt und Ressourcenallokation kann nicht stattfinden
- Der Sektor ist nicht effizient
- Abkopplung des inländischen Sektors vom Weltmarkt
- Aufwändige Administration mit zusätzlichen Kosten

Dass der EMB-Vorschlag funktionieren würde, geben sie zu, denn sie halten Auswirkungen auf andere Agrarbereiche für wahrscheinlich. Sie wollen aber keine bäuerliche Landwirtschaft mehr, sondern eine industrialisierte Agrarwirtschaft.

Sie wollen eine effiziente Ressourcenallokation, das heißt, eine Anhäufung des Bauernlandes in den Händen einiger weniger. Nur so können industrielle Neueinsteiger mit 1.000er Kuhställen an das Land der Bauern kommen.

Täglich erleben die Bauern, wie ihre Höfe bewusst von dieser Politik in den Ruin getrieben werden. Wir Milchbauern Europas lassen uns das nicht länger bieten. Auch die Gesellschaft ist auf unserer Seite. Vor allem, wenn wir Bauern bereit sind, auf Qualität, Regionalität, Umwelt und Tierwohl zu setzen.

Der Bauernverband tut sich zunehmend schwer, seine Mitglieder mit Hinhalteparolen wie „Der Markt wird es richten“, „Wir müssen den Export ausweiten“, „Die Interventionsschwelle muss angehoben werden“ etc. zu beruhigen. Dies zeigte sich in Brüssel, als die übergroße Mehrheit der angereisten Bauern einer angekündigten Bauernverbandsdemo den Rücken kehrte und sich stattdessen der Demo der unabhängigen Milchbauernverbände unter der Leitung des EMB für faire Erzeugerpreise und entsprechende Rahmenbedingungen anschloss.

Die AbL fordert die Bauernverbandsspitze auf, eine zukunftssträchtige Politik für eine bäuerliche, eigentümergeführte Landwirtschaft, für eine artgerechte Tierhaltung und für faire Erzeugerpreise nicht länger zu torpedieren.

Wir müssen gemeinsam mit allen Bauern dafür sorgen, ein auskömmliches Einkommen auf die Höfe zu bekommen, damit ist immer auch ein Abbau der preisdrückenden Überschüsse verbunden. Wir müssen die Politik massiv in die Pflicht nehmen. Die grünen Agrarminister wollen unsere Forderungen nach Milchmengenanpassung vertreten und wir werden sie unterstützen. Auf geht's zur Agrarministerkonferenz Anfang Oktober in Fulda.

*Johanna Böse-Hartje,  
AbL-Milchbäuerin aus Niedersachsen*



# Unordnung auf dem Acker

Ab dem kommenden Jahr wird der Saatgutmarkt durch Populationssaatgut vielfältiger werden

Wenn man an typische Ackerbaustandorte in Deutschland denkt, hat man vor allem ein Bild vor Augen: weite Felder mit Weizen, Gerste, seltener Roggen und Hafer; Getreide, das sich im Sommer wie ein goldenes Meer im Wind wiegt. Das Bild ist geprägt von Einheit und Ordnung. Alle Pflanzen haben die gleiche Höhe, der Bestand ist dicht und eine Ähre sieht aus wie die andere. Dass dieses Bild erst seit einem Jahrhundert so existiert, gerät dabei schnell in Vergessenheit. Tatsächlich ist die homogene Erscheinung unserer Äcker die Folge züchterischen Fortschritts und politischer Rahmenbedingungen. Seit den Anfängen der Pflanzenzüchtung wurden die wichtigsten Ackerkulturen so weit züchterisch bearbeitet und selektiert, dass die heute bestehenden Sorten nur noch einen winzigen Teil der ehemaligen Getreidevielfalt darstellen, den Teil, der den höchsten Ertrag und die beste Qualität zu haben scheint. Zusätzlich zur Züchtung hat die Saatgutgesetzgebung zu einer beinahe perfekten Reinheit des Saatguts geführt. Wenn man einen Sack Z-Saatgut einer Sorte kauft

und aussät, kann man sicher sein, später keinen fremden Halm zu finden. Aber: Das bestehende System der einheitlichen Sorten hat im vergangenen Jahrzehnt nur zu minimalen Steigerungen des Ertrags geführt und die immer gleichen Pflanzen auf vielen Äckern fördern Krankheiten und Schädlinge. Beklagt wird nicht nur politisch ein rasanter Verlust an Biodiversität; massives Auftreten von Beeinträchtigungen – man denke nur an den Gelbrost im vergangenen Jahr und das unstete Klima – stellt Ackerbauern vor neue Herausforderungen. In der Wissenschaft ist umstritten, ob man in der Weizenzüchtung nicht längst den maximalen Ertrag erreicht hat.

## Populationen und Sorten

In der alternativen Züchtung gibt es deshalb verstärkt Versuche, das klassische Modell der Sorte zu ergänzen und mit so genannten Populationen zu arbeiten. Eine Population ist eine Ackerkultur einer Art, z. B. Weizen, die in ihren Eigenschaften größtenteils, aber nicht vollständig, homogen ist. Züchterisch entsteht eine Population anfangs ähnlich wie

eine Sorte, indem verschiedene Kreuzungen von bestehenden Sorten durchgeführt werden. Die Nachkommen dieser Kreuzungen werden mehrere Jahre angebaut und die schönsten und gesündesten Ähren werden selektiert. Bei der Entwicklung einer Sorte muss spätestens ab dem vierten Jahr auf Homogenität selektiert werden, um nach circa zehn Jahren eine einheitliche Sorte zu erhalten, die den Kriterien der Sortenzulassung genügt. Bei einer Population hat man mehr Freiheiten und kann verschieden aussehende Pflanzen mitnehmen, die Selektion ist weniger streng als bei einer Sorte, es muss also weniger „Züchtung für das Gesetz“ erfolgen. Optisch kann es zwischen den einzelnen Pflanzen zu Unterschieden kommen, einzelne Ähren können begrannt und unbegrannt sein, ein Halm ragt 30 Zentimeter über den Nachbarn hinaus oder es gibt farbliche Unterschiede zwischen den einzelnen Pflanzen. Andere Eigenschaften wie der Reifepunkt oder Resistenzen können aber trotzdem bei allen Pflanzen einheitlich sein. Die Vorteile einer Population sind sehr vielfältig: Die Unterschiede zwischen den Pflanzen machen es Pilzen häufig schwer, sich auszubreiten, da nicht alle Pflanzen anfällig sind und sie dadurch nicht einfach von Pflanze zu Pflanze wandern können – Populationen sind also häufig toleranter gegenüber Krankheiten. Durch die Vielfalt im Bestand besteht außerdem eine gewisse Ertragsstabilität, da unterschiedliche Pflanzen mit verschiedenen Umweltbedingungen gut umgehen können. Eine Mischung unterschiedlicher Eigenschaften und Fähigkeiten kann auch flexibler auf wechselnde Wetterbedingungen reagieren als eine homogene Sorte. Beim mehrmaligen Anbau der Population an einem Standort werden sich die standortgeeignetsten Pflanzen der Population am besten entwickeln, wodurch sich langfristig aus einer Population eine Hofsorte entwickeln kann. Diese sind insbesondere für den Anbau unter ökologischen Bedingungen interessant, der auf die bestmögliche Verwertung der vorhandenen Nährstoffe im Boden durch die Pflanze und deshalb auf standortangepasste Pflanzen angewiesen ist.

## Erfahrungen sammeln

Durch die bisherige strenge EU-Gesetzgebung war die Vermarktung von Populationssaatgut in den vergangenen Jahrzehnten nicht möglich, wodurch es



Autor Sebastian Kußmann, jAbL, zur Zeit in der Forschung und Züchtung auf dem Dottenfelderhof tätig

an Erfahrungen aus der bäuerlichen Praxis fehlt, um die wirklichen Vor- und Nachteile von Populationen zu erleben. Durch ein europaweites Projekt wird es ab 2016 möglich sein, Populationssaatgut für Weizen, Hafer, Gerste und Mais legal zu kaufen. Das Projekt kam vor allem durch intensive Bemühungen von Bäuerinnen, Bauern und Züchtern aus Großbritannien zustande, wo der Anbau von Populationen bereits in der Praxis ist und eine rechtliche Grundlage benötigt wurde. In dem bekanntermaßen wegen viel Kritik 2014 zurückgezogenen Entwurf der EU-Kommission zu einer neuen europäischen Saatgutgesetzgebung wurde dies berücksichtigt und trotz der Ablehnung des Gesetzesentwurfs wurde das so genannte „Heterogene Material“ ab sofort als Population zum Inverkehrbringen durch das Bundessortenamt freigegeben. Bisher arbeiten vor allem die ökologischen Züchter an Populationen. Sobald diese auf dem Markt sind, braucht es Nachfragen von Bäuerinnen und Bauern, um zu zeigen, dass Interesse an Alternativen im Ackerbau besteht, denn das Bundessortenamt hat Populationen nur für 3 Jahre als Versuch zugelassen. Wenn es keine Nachfragen gibt, könnte das als Zeichen für mangelndes Interesse seitens der Landwirtschaft gewertet werden. Ein Versuch kann zu Beginn ein halber Hektar sein, um zu sehen, wie sich eine Population entwickelt und ob sie zum Standort passt. Wie bei Sorten kann man verschiedene Populationen testen, um die optimale zu finden. Am schwierigsten ist dabei wahrscheinlich die Frage des sozialen Ansehens, wenn man den Kollegen und Nachbarn erklären muss, dass die bunte Mischung auf dem Feld gewollt und kein Aussaatfehler ist.

Sebastian Kußmann, jAbL

Auf der AbL-Homepage gibt es Ende 2015 eine Liste aller Populationssaatgut anbietenden Saatgutunternehmen.



Populationen sind Vielfalt auf dem Acker

Foto: Spieß



# USA: Vieles spricht gegen TTIP

Bäuerliche Landwirtschaft und regionale Strukturen müssten Konzerninteressen weichen

In den letzten Monaten hat sich die Debatte über den Freihandel in den US-Medien, im Kongress und in der Öffentlichkeit in einer Weise entwickelt, wie zuvor jahrzehntelang nicht. Die politische Durchsetzung des Fast Track, also die Möglichkeit der US-Regierung, bestimmte Freihandelsentscheidungen ohne inhaltliche Beteiligung der parlamentarischen Gremien oder der Gesellschaft durchzusetzen, war ein Schlag gegen die Bewegungen der Zivilgesellschaft, die TTIP und die Trans Pacific Partnership kritisieren. Gleichzeitig lässt sich nicht leugnen, dass die dadurch entstandene extreme Kontroverse die öffentliche Diskussion verändert hat und Themen ins Blickfeld rückte, die den Menschen vorher allenfalls obskur oder technisch erschienen waren. Es gibt ein paar rote Fäden, die durch die Debatte laufen. Erstens besteht eine starke öffentliche Wahrnehmung, dass die zunehmende Einkommensungleichheit und die abnehmenden wirtschaftlichen Möglichkeiten in den USA mit dem zunehmenden Freihandel verbunden sind. Ob es sich um den Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie handelt, da Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, oder um den Verlust landwirtschaftlicher Familienbetriebe, getrieben durch eine Exportorientierung, die nur durch extreme Rationalisierung funktioniert – viele Amerikaner sind skeptisch, was den vermeintlichen Nutzen der weiteren Liberalisierung des Handels angeht. Und sie kritisieren auch die zweifelhaften Vorschläge, nach denen Unternehmen neue Rechte erhalten sollen, mit denen sie öffentliches Recht und Gesetz herausfordern können. Die demokratische Senatorin Elizabeth Warren, profiliert im Verbraucher-

schutz, machte den Investorenschutz über Schiedsverfahren (ISDS) zum großen öffentlichen Thema in der Fast-Track-Debatte. In einem häufig zitierten Artikel in der Washington Post sagte sie: „Der Name mag harmlos klingen, aber lasst euch nicht täuschen. Zustimmung zu ISDS im TTIP-Vertrag würde in den Vereinigten Staaten zu einer weiteren Machtverschiebung zu Gunsten der großen multinationalen Konzerne führen.“

## Schutz regionaler Märkte

Es gibt die wachsende Befürchtung, dass Freihandelsabkommen jegliche wachsende Alternativen zur Agrarindustrie in der US-Landwirtschaft wieder zunichte machen werden. In Farm-to-School-Programmen zum Beispiel werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch lokale Schulmensen regionale Märkte für vor Ort erzeugte Produkte unterstützt. EU-Vorschläge zu TTIP sehen nun Öffnungen für europäische Produkte vor. Entstanden ist darüber eine breite Debatte mit Verbrauchern und landwirtschaftlichen Interessengruppen und Gewerkschaften sowie dem Gesetzgeber. Ähnliche Diskussionen gibt es um die Gesetze zur Lebensmittelsicherheit. Die EU hat vorgeschlagen, Re-Inspektionen der Lebensmittelimporte zu verbieten. Dies würde bedeuten, dass beide Seiten gezwungen wären, darauf zu vertrauen, dass die Kontrollen des Ausfuhrlandes gut genug waren. Nicht nur wegen der drastischen Unterfinanzierung der US-Nahrungsmittelkontrolle scheint dies eine schlechte Option. Aber problematisch sind nicht nur eine mangelnde Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit durch TTIP oder mehr Im- und Export von billigen Lebensmitteln, die landwirtschaftliche Familienbetriebe



Die Abl-Bundesvorsitzenden Gertraud Gafus und Martin Schulz auf der Wir-haben-es-satt-Demo im Januar in Berlin  
Foto: Nürnberger

zerstören, sondern dass in Verbindung mit den Vorschlägen zur regulatorischen Kooperation und dem Investorenschutz TTIP zu einem Hindernisparcours für gesetzliche Regularien zum Schutz einer Erzeugung guter Lebensmittel zu fairen Preisen werden könnte. Ob die Durchsetzung der GVO-Kennzeichnung in Vermont, Begrenzungen für die Legehennenhaltung in Batteriekäfigen in Kalifornien oder die vielfältigen ehrgeizigen Bemühungen, Bauern, Verbraucher und politische Entscheidungsträger zusammenzubringen, es gibt viele Initiativen, das US-Agrarsystem umzubauen. Für all diese Initiativen gilt: Freihandelsabkommen sind neue Hürden, die den Wandel behindern. Die in TTIP vorgeschlagenen Lebensmittelsicherheitsvorschriften würden die Anwendung des Vorsorgeprinzips untergraben und aufgrund der Einführung einer regulatorischen Kohärenz Standards senken. Dann würden die ISDS-Vorschriften ausländischen Unternehmen das Recht geben, die Regierungen zu verklagen, wenn sie um ihre erwarteten Gewinne fürchten müssten. Kritiker warnen vor Formulierungen im TTIP-Text wie „ungerechtfertigte Handelsbeschränkungen oder kommerzielle Erfordernisse wie Labeling, welche Auswirkungen auf die neuen Technologien, einschließlich der Biotechnologie haben“. Der demokratische Kongressabgeordnete Peter DeFazio verurteilte das als „Monsanto-Provi-

sion“, welche dazu geeignet sei, im Inwie auch im Ausland GVO-Kennzeichnungen zu unterbinden.

## Agrarwende USA

Es gibt eine wachsende Bewegung in den Vereinigten Staaten, die sich dafür interessiert, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden und die das dominierende System der agrarindustriellen Produktion verändern will. Wir brauchen neue Gesetze, um schädliche Pestizide und Lebensmittelzusatzstoffe zu regulieren. Wir brauchen eine bessere Lebensmittelkennzeichnung. Wir brauchen neue Programme, um gesündere Lebensmittel zu produzieren zu Preisen, die fair sind zu Verbrauchern und Bauern. Eine Menge davon beginnt sich auf lokaler Ebene im ganzen Land zu entwickeln. Wir müssen diese fragilen Ansätze schützen und Wege finden, sie weiter gedeihen zu lassen, statt neue Hindernisse aufzubauen. Zusammengefasst platziert TTIP unsere Lebensmittelsicherheit noch stärker in den Händen von ein paar Lebensmittelkonzernen, verringert die Rolle der Öffentlichkeit bei der Gewährleistung sicherer Lebensmittel und schwächt die Rechte der Verbraucher weiter.

*Karen Hansen-Kuhn,  
Programmlinleiterin International beim  
US-amerikanischen Institut für Land-  
wirtschaft und Handelspolitik (IATP)*

## TTIP & CETA stoppen! Am 10 Oktober nach Berlin!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Ein breites gesellschaftliches Bündnis tritt gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staat-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen. cs

# Gerangel um Anbauverbote geht weiter

Ob sich die Länder mit ihrer Forderung nach einer bundeseinheitlichen Lösung durchsetzen ist noch ungewiss

**W**ährend aktuell in Deutschland um die Umsetzung der europäischen Richtlinie zum so genannten Opt-out im Gentechnikgesetz gerungen wird, haben Regierungen der Mitgliedstaaten erste Briefe an die EU-Kommission geschrieben, weil sie den Anbau von geplanten Gentechnikpflanzen für ihr Hoheitsgebiet ausschließen wollen.

## Bundesregierung weiter uneinig

Der aktuelle Gesetzentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) vom Juni sieht vor, dass die Länder und unter bestimmten Bedingungen auch der Bund Anbauverbote erteilen können. Bislang konnten sich die zuständigen Ressorts auf Bundesebene – BMEL und Bundesumweltministerium – nicht einigen, da das Umweltministerium den Bund in der Pflicht sieht, Anbauverbote zu erteilen, Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt dies aber ablehnt. Auf Ressortebene ist es bisher nicht zu einer Annäherung gekommen. Gesetzentwurf der Bundesländer auf dem Vormarsch

Der im Juli 2015 im Bundesrat vorgelegte Gentechnik-Gesetzentwurf von fünf Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) hat die erste Hürde genommen und wird vermutlich bei der Bundesratssitzung am 25. September an den Bundestag überwiesen. Positiv an dem Vorschlag ist, dass der Bund klar die Kompetenz erhalten „soll“, Anbauverbote zu erteilen. Entweder in der Phase 1 (während des Zulassungsprozesses) oder in Phase 2 (nach europaweiter Zulassung). Damit wäre eine zentrale Forderung der gentechnikfreien Bewegung erfüllt: bundesweite, vom Bund erteilte Anbauverbote. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat die Bundesländer aufgefordert, das Wort „soll“ durch „muss“ zu ersetzen. Wenn bundesweite Verbotgründe vorliegen, „muss“ der Bund nach Meinung der AbL auch Anbauverbote erteilen. Ein „Muss“ ist auch deshalb zielführend, weil es sicherlich auch weiterhin ein Ringen darum geben wird, welche Verbotgründe in welchen Kombinationen angeführt werden.

Dem Vernehmen nach gab es aus Bayern einen Antrag, dass, wenn der Bund nicht tätig wird, die Bundesländer sowohl in Phase 1 als auch 2 befugt werden sollen, Anbauverbote zu erteilen. Das wäre eine Annäherung an den Vorschlag von Minister Schmidt, der mittlerweile auch beide Ebenen (Länder und nachrangig den Bund) in der Verantwortung sieht. Nicht bundes-

einheitliche Verbote stellen aber für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft ein Problem dar. Ein Flickenteppich mit verschiedenen Anbauregelungen ist aus wirtschaftlicher, aber auch aus rechtlicher Sicht fatal. Dieser bayerische Antrag ist mit einer breiten Mehrheit im Agrar- und Umweltausschuss des Bundesrates abgelehnt worden.

Dass der Bund am 25. September einen eigenen Gesetzentwurf einbringt, ist unwahrscheinlich. Dennoch werden die zuständigen Bundesressorts sowie die Fraktionen im Bundestag versuchen, Einfluss auf das Gesetz zu nehmen. Wer sich wie durchsetzt und wer welche Kompromisse eingeht, bleibt abzuwarten. In jedem Fall ist die Bewegung gefragt. Die Bundesländer sind aufgefordert, konsequent zu bleiben und sich weiter für bundesweite, vom Bund erteilte Anbauverbote stark zu machen.

## Mitgliedstaaten wollen Opt-out nutzen

Für Gentechnikpflanzen, die im Zulassungsprozess bereits weit fortgeschritten sind (z. B. der GV-Mais 1507 oder die Wiederzulassung von MON810), sieht die Richtlinie eine Übergangsfrist bis zum 3. Oktober vor, in der Mitgliedstaaten die Phase 1 quasi nachträglich ziehen können. Phase 1 bedeutet, dass Mitgliedstaaten über die Kommission den Antragsteller bzw. Konzern anfragen können, ob er ihr Hoheitsgebiet (oder Teile davon) von der europaweiten Anbauzulassung ausschließt. Also eine europaweite Anbauzulassung außer in bestimmten Gebieten. Von dieser Regelung wollen nach jetzigem Stand Griechenland, Lettland, Schottland, Öster-

reich und Deutschland Gebrauch machen. Der US-Konzern Monsanto kündigte an, den Wünschen von Lettland und Griechenland entgegenzukommen – weitere Anfragen würden fallweise geprüft. In diesem Zuge kritisierte Monsanto die Opt-out-Regelung scharf und erklärte erneut, dass sie die Regelung als „unverhältnismäßig und diskriminierend“ betrachten, weil „willkürliche politische Verbotgründe“ aufgeführt würden.

## Jetzt Phase 1

Auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt will die Phase 1 für acht anhängige GV-Mais-Anbauanträge nutzen. Das BMEL forderte in einem Schreiben die zuständigen Länderressorts auf, dem Bund mitzuteilen, ob ihr Hoheitsgebiet von der Zulassung ausgenommen werden soll. Wenn sich die Länder nicht äußern, würde das BMEL dieses als Zustimmung sehen, Phase 1 zu ziehen. Bundesforschungsministerin Wanka hat das Vorgehen kritisiert, weil es nicht abgestimmt sei, aber auch weil ein Anbauverbot nach Phase 1 „unmittelbar nachteilige Auswirkungen für die Forschung“ habe. Die AbL lehnt zwar die Phase 1 ab, weil hier die Konzerne willkürlich der Anfrage der Mitgliedstaaten nachkommen können – oder auch nicht. Der Druck der Bewegung wirkt: Das BMEL wird hier tätig und beabsichtigt anscheinend in diesem Punkt auch ein bundeseinheitliches Vorgehen.

*Annemarie Volling,*

*Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

## Opt-out / Importe

Im April hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, den Mitgliedstaaten auch bei Importen von Gentechnikpflanzen Verbotsmöglichkeiten einzuräumen – und bekam starken Gegenwind. Die Gründe für die Ablehnung sind allerdings unterschiedlich: Die Gentechnik-Befürworter im EU-Parlament und Industrie-Lobbyisten sehen darin ein Verstoß gegen internationales Handelsrecht sowie ein Problem der „Versorgungssicherheit“ für Tierfutter in Europa. Eine wettbewerbsfähige Veredlungswirtschaft sei ohne diese Importe von gentechnisch veränderten Agrarprodukten nicht möglich, konstatierte der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT). Aus anderen Gründen kritisierte die Europaparlamentarierin der Grünen, Maria Heubuch, den Vorschlag. Sie forderte echte Mitbestimmungsmöglichkeiten und eine verschärfte und umfassende Risikobewertung auf der Basis unabhängiger Studien. av



Für ein bundesweit einheitliches Verbot von Gentechnik

Foto: Nürnberger



# Königdisziplin: Den Pflug stehen lassen

Vom Standort ausgehend ein eigenes System entwickeln

Zur Begeisterung für den Boden, seine Funktion und Leistungsfähigkeit kommt für die meisten der Reiz des Aufeinanderabstimmens von Maschinen, Arbeitsgängen, Fruchtfolgekulturen: Die rund 70 versammelten Biolandwirte auf dem Mitte September von Bioland Nordrhein-Westfalen organisierten Feldtag „Pfluglose Bodenbearbeitung und ihre Grenzen“ interessieren sich für eine ackerbauliche Herausforderung. Einige sind seit langem mit dem Thema verbunden, haben selbst schon viel ausprobiert. Andere sind neugierig, wollen die Möglich-

keiten und Knackpunkte kennen lernen. Ackerbauberater Gustav Alvermann stellt klar: „Es geht, wenn man sonstige Lösungen für die Beikrautregulierung entwickelt und bei geringerer Stickstoffmineralisierung aus dem Boden für eine alternative Stickstoffzufuhr sorgt. Nicht umsonst sind die Kennzeichen konventioneller Direktsaatbetriebe der Einsatz von Round-Up und Cultan als mineralischer Stickstoffdünger unter Fuß.“

## Zehn Zentimeter aktiver Boden

Gastgeber Jan Wittenberg, Bio-

bauer im niedersächsischen Mahlernten, befasst sich seit 25 Jahren mit der nicht wendenden Bodenbearbeitung. „Das ging nicht immer geradeaus“, blickt er zurück und ergänzt trocken: „Die meisten Fehler, die man machen kann, haben wir gemacht, daraus wieder etwas mehr verstanden und Dinge verändert.“ Ausgehend von konventioneller Wirtschaftsweise, begann Wittenbergs ackerbaulicher Entwicklungsprozess mit der Beobachtung, dass ein eingegrabener Weidezaunpfahl in den oberen zehn Zentimetern des Bodens verrottet und darunter wenig passiert. Ohne zu pflügen wird dieser aktive Boden nicht verschüttet, sondern das aktive Potential durch flache Bodenbearbeitung genutzt. Die Unkrautregulierung durch den Einsatz des Totalherbizids Glyphosat erschien Wittenberg so unpassend zu seinem Vorhaben, möglichst bodenschonend zu wirtschaften, dass er in der Folge auf Bio umstellte. Heute baut er Getreide, Soja, Lupinen und Klee gras an, setzt auf einen stetigen Wechsel von Sommerung und Winterung der Kulturen und integriert eine Schafherde zur Beweidung der Futterflächen. Für die Bodenbearbeitung setzt Wittenberg auf Grubber, Striegel und Hacke des bayerischen Maschinenherstellers Treffler, der sich mit leichter Bauart und präziser Federtechnik auf die An-

forderungen des ökologischen Landbaus spezialisiert hat.

## Nicht übertragbar

Was für Treffler durch unterschiedliche Kundenanfragen je nach Region deutlich wird, ist für Alvermann eine entscheidende Ausgangslage für die nicht wendende Bodenbearbeitung: „Wir müssen uns wie immer, aber dabei besonders, über den Standort unterhalten: Was habe ich für einen Boden, welche Anbaukulturen kommen in Frage, und welche klimatischen Bedingungen herrschen, insbesondere was die Niederschlagsmenge und -verteilung im Jahr angeht.“ Deutlich wird: Es muss jeder sein eigenes System finden und anpassen. Auch wenn erfahrene Spezialisten wie Sepp Braun in Bayern oder Uwe Brede in Hessen als inspirierende Vorbilder dienen können, die schon lange Zeit beweisen, dass pflugloser, ökologischer Ackerbau mit stabilen, ordentlichen Erträgen möglich ist – einfach übertragbar ist ihr Vorgehen nicht. Alvermann weist darauf hin, dass vor allem Betriebe mit intensivem Futterbau mit mehrjährigem Klee gras erfolgreich pfluglos wirtschaften – zum einen werde so Stickstoff eingebracht, aber vor allem wichtig sei die durch Konkurrenz entstehende Unkraut unterdrückende Funktion: „Dann ist der Acker sauber!“ cw



Klee gras unterschneiden, statt unter die Erde pflügen

Foto: Weißenberg

## Pflügen oder Spritzen?

Die Diskussionen um Glyphosat reißen nicht ab

Der Herbizidwirkstoff Glyphosat ist nicht nur überall in der Umwelt, sondern auch in aller Munde. Da es sich dabei um einen bereits seit Jahrzehnten zugelassenen und um den weltweit am häufigsten eingesetzten Wirkstoff im Bereich des chemischen Pflanzenschutzes handelt, gibt es zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zu seinen positiven und negativen Wirkungen. Während offizielle Stellen bislang immer die Harmlosigkeit des Totalherbizids betonten und damit die Chemieindustrie hoffen ließen, einer Neuzulassung, die zum Ende des Jahres 2015 ansteht, stünde nichts im Wege, zitieren Umweltorganisationen seit Jahren die auch vorhandenen kritischen Papiere aus Forscherfedern. Nach und nach scheinen die kritischen Töne auch in offiziellen Stellen anzukommen. Bereits Anfang des Jahres kam die internationale Krebs-

forschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation nach wissenschaftlichen Literaturstudien zu der Bewertung, Glyphosat sei als „wahrscheinlich krebserregend“ einzustufen. Während der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbandes Agrar, also der Interessenvertretung der Agrarchemiekonzerne, Volker Koch-Achelpöhl in der *agrarzeitung* darauf verweist, dass es sich dabei um keine Risikobewertung handele, sondern nur um eine Klassifizierung von Stoffen, die fast immer mindestens ein mögliches, wenn nicht wahrscheinliches, Krebsrisiko bergen, empfiehlt nun auch ein Expertengremium der UN-Arbeitsbehörde, der FAO, eine Neubewertung von Glyphosat. Diese FAO-Arbeitsgruppe war bislang immer von Glyphosat-Hersteller Monsanto zitiert worden, wenn es darum ging, die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Herbizids als wis-

senschaftliche Erkenntnis darzustellen. Nun hat die EU-Kommission angesichts des vielen neuerlichen Überprüfungs-willens beschlossen, das Neuzulassungsverfahren auf Sommer 2016 zu verschieben. In diesem Zusammenhang fordert ein breites gesellschaftliches Bündnis, dem auch die AbL angehört, unter anderem eine Neugestaltung der Risikobewertung nicht nur für Glyphosat, sondern generell für Pestizide im Zulassungsprozess.

## Anwendung von Glyphosat

In einer Studie der Universität in Rostock kommt zum Ausdruck, dass in zwei ostdeutschen Landkreisen mit großstrukturiertem, rationalisiertem, auf pflugloser Bewirtschaftung basierendem Ackerbau mehr Glyphosat eingesetzt wird als in zwei westdeutschen Landkreisen mit ebenfalls intensivem

Ackerbau, allerdings offenbar mit mehr Pflugeinsatz. Eine Göttinger Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass der Einsatz von Glyphosat weniger von der direkten Betriebsgröße als von der Verfügbarkeit von Arbeitskräften im Ackerbau abhängt. Je weniger Manpower, desto mehr Chemie. Die Frage, die sich auch die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Neuzulassung stellen sollte, ist die, inwieweit Glyphosat als fester Bestandteil eines Ackerbausystems zulässig sein kann und darf – aus gesundheitlichen wie auch aus Gründen der gesellschaftlichen Akzeptanz. Systematisches Totspritzen als Stoppelbehandlung oder als Vorerntemaßnahme wird von der Öffentlichkeit kaum toleriert, eigentlich unabhängig davon, zu welcher Bewertung der gesundheitlichen Risiken die offiziellen Stellen kommen werden. cs



Agrarbündnis Niedersachsen übergibt Forderungen für eine bäuerliche Landwirtschaft an Minister Meyer  
Foto: Beckmann

## Agrarwende als Perspektive

In Niedersachsen demonstriert Bauernverband gegen den Minister

Ordnentlich Porzellan zerschlagen wurde Ende September nicht nur auf dem dafür vorgesehenen Tisch auf einer Demo des niedersächsischen Landesbauernverbandes (Landvolk) in der Landeshauptstadt Hannover. Wie die Neue Osnabrücker Zeitung kommentierte, brauchten die 4.000 angereisten Bauern und Bäuerinnen wohl vor allem ein Ventil für ihren geballten Frust über die schwierigen wirtschaftlichen Situationen auf den meisten Höfen. Allerdings waren die schlechten Erzeugerpreise für Milch und Fleisch gerade nicht das Thema, das das Landvolk mit der Demo angreifen wollte. Stattdessen ging es direkt gegen den grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer. Er gängele, so Landvolkpräsident Werner Hilse, die Bauern und Bäuerinnen mit immer neuen Auflagen und Kontrollen und blende wirtschaftliche Aspekte aus. Er diffamiere durch die Benutzung von Begriffen wie „Massentierhaltung“ und Sorge dafür, dass die Landwirtschaft derzeit medial so negativ herüberkomme. Wie sehr das alles zur Mitgliedermobilisierung taugt, darüber war man sich beim Landvolk im Vorfeld wohl unsicher. Sicherheitshalber wurden Leistungspflügen und Gesellenfreisprechung verlegt und Busse für Berufsschüler organisiert. Nicht nur das kommt nicht überall unter den Bäuerinnen und Bauern gut an. Dass der gescholtene Minister in weiten Teilen mit seiner „sanften Agrarwende“ nur fortführt, was sein CDU-Vorgänger eingeleitet hat und was von der Gesellschaft gewünscht wird, blendet Werner Hilse ebenso gerne aus wie sein Bundesbauernpräsident Joachim Rukwied, der gerade erst einer Agrarwende im

Spiegel-Interview eine Absage erteilte, weil man doch eigentlich schon alles richtig mache, es eben nur nicht gut genug kommuniziert kriege. Auch er wolle nichts hören von Agrarindustrie und Massentierhaltung, die Leute wollten billige Lebensmittel und die produziere die rationalisierte deutsche Agrarwirtschaft und müsse auch noch international konkurrenzfähig sein.

### Agrarwende als Perspektive

Entgegen dem Landvolkmotto „Perspektive statt Agrarwende“ formulierte Christian Meyer in der parallel zur Demo stattfindenden Agrardebatte im niedersächsischen Landtag seine Agrarwende als Perspektive für bäuerliche Betriebe. „Was die mit Ernährungs- und Agrarindustrie verfilzte Landvolk-Spitze wirklich stört, ist die Politik dieser Landesregierung gegen agrarindustrielle Strukturen und für faire Erzeugerpreise für ‘Klasse statt Masse’ in bäuerlichen Strukturen!“, kommentierte der AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann. Gemeinsam mit Vertretern anderer gesellschaftlicher Gruppen des Agrarbündnisses Niedersachsen hatte er bereits zwei Tage vorher dem Agrarminister das Forderungspapier „Politik für eine vielfältige, faire, bäuerliche und ökologische Landwirtschaft in Niedersachsen. Für wirtschaftliche Perspektiven im Bündnis mit der Gesellschaft“ überreicht. Das Bündnis forderte Meyer auf, sich auf der nächsten Agrarministerkonferenz (AMK) Anfang Oktober in Fulda unter anderem für eine Mengenreduzierungsstrategie im Milch- und Fleischbereich einzusetzen. Ferner solle die Landesregierung sich für eine Qualitäts- statt Exportoffensive stark machen, um bäuerliche Strukturen zu erhalten. cs

### Solidarität und Hilfe für Flüchtlinge

„Angesichts des menschlichen Dramas, das wir in Europa derzeit erleben, möchten die Bäuerinnen und Bauern von Via Campesina ihre volle Solidarität mit jenen ausdrücken, die gezwungen sind, ihre Dörfer und ihre Länder zu verlassen“, schreibt der europäische Dachverband bäuerlicher Organisationen La Via Campesina dem auch die AbL angehört. Angeprangert wird die europäische Migrationspolitik und die Tatsache, dass viel zu wenig darüber gesprochen und dafür getan werde, die Lebensbedingungen in den Heimatländern der Flüchtlinge zu ändern. Meist seien es die Zivilgesellschaft sowie Bäuerinnen und Bauern, die sehr viel schneller und besser reagierten als der Großteil unserer Regierungen. Unter dem Motto „Jeder Mensch hat Potential“ möchte die Landwirtschaftskammer Niedersachsen interessierten Flüchtlingen und Migranten Schnuppertage in ihren Bildungszentren anbieten. An diesen Tagen können Interessierte Landwirtschaft und Gartenbau in der Praxis erleben. Zudem werden Informationen zu den beruflichen Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten vermittelt. Mit der Online-Agrarjobbörse soll unter anderem zu Themen wie Arbeiterlaubnis, Duldungserlaubnis, Meldepflichten und Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden. Auch die Arbeitgeber werden über die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund informiert und darauf vorbereitet. cs

### Europäisches Kuhpatent zurück gezogen

Einen Monat vor der für den 8. Oktober angesetzten Verhandlung des Kuhpatents EP 1330552 vor der Technischen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes haben die Patentinhaber ihren Patentanspruch überraschend zurückgezogen. Erteilt worden war das Patent im Jahr 2007 an eine Gruppe Biotechnologen, die eine Genvariante entdeckt hatten, die zu höheren Milchleistungen führen kann. Das Patent umfasste diese Genvariante als „Erfindung“, die Untersuchung und Auswahl von Kühen daraufhin sowie entsprechend gentechnisch manipulierte Kühe. Gegen dieses weitreichende Patent auf Leben hatten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Arche Warder - Zentrum für alte Haus- und Nutztierassen, der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), das Gen-ethische-Netzwerk, Greenpeace und Misereor Einspruch eingelegt. Dieser war im ersten Beschwerdeverfahren 2010 abgelehnt worden, wogegen das Bündnis Beschwerde einlegte. Die Patentanwälte der Patentinhaber teilten mit, dass diese „auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen“ und „der Zweckdienlichkeit des Verfahrens halber“ nicht mehr darin interessiert sind, das Patent aufrecht zu erhalten. Ruth Tippe von Kein-Patent-auf-Leben vermutet hinter dieser Entscheidung fehlende Lizenzentnahmen sowie hohe Verfahrens- und Patentanwaltskosten und schlechte Presse. cw

### Bauer erstreitet Recht gegen Monsanto

Der Franzose Paul Francois hat Mitte September vom Berufungsgericht in Lyon die Entscheidung des Zivilgerichts aus dem Jahr 2012 bestätigt bekommen: Der Agrarchemiekonzern Monsanto muss ihm wegen einer Vergiftung mit dem Herbizid „Lasso“ Entschädigung zahlen. Monsanto kündigte an, „die Begründung der Entscheidung in den kommenden Tagen zu überprüfen, um einen Widerspruch an den französischen Obersten Gerichtshof vorzubereiten.“ Francois hatte das Herbizid auf seinem Betrieb im Einsatz, bei der Kontrolle eines Pflanzenschutzanks atmete er 2004 die Dämpfe des Wirkstoffs Monochlorbenzol ein und erlitt schwere gesundheitliche Schäden bis hin zum Koma. Wegen bekannter Risiken hatte Kanada „Lasso“ schon 1985 verboten, 1992 folgten Großbritannien und Belgien, in Frankreich wurde es noch bis 2007 verkauft. Das französische Gericht beschied, dass Monsanto stärker auf der Verpackung über die Risiken hätte aufklären müssen, weil die Verantwortung für ein potenziell gefährliches Produkt beim Hersteller liege. cw



## Stop-EPA-Tour 2015

Derzeit finden nicht nur Auseinandersetzungen über Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA statt, sondern weitestgehend unbemerkt auch um die Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen EPAs (Economic Partnership Agreements) zwischen der EU und afrikanischen Staaten. Die Abkommen zwingen afrikanische Staaten zu einer radikalen Marktöffnung für EU-Importe. Konzerne kommen leichter an Rohstoffe, weil Exportsteuern abgebaut werden. Anlässlich der sich zuspitzenden Entwicklungen rund um die EPAs gibt es eine Speakers-Tour. Sprecherinnen und Sprecher aus Ghana und aus Kamerun berichten von ihren Erfahrungen mit der Handelspolitik der EU, von den drohenden Folgen dieser Handelsabkommen und von ihren Vorschlägen für eine andere Handelspolitik. Sie werden natürlich auch den Bogen schlagen zu TTIP, CETA und TiSA und damit gleichzeitig für die Demo am 10.10. mobilisieren. Die Veranstaltungen wollen einen Austausch mit der deutschen Zivilgesellschaft und der breiteren Öffentlichkeit ermöglichen! In Deutschland hat die Bundesregierung übrigens den Versuch gestartet, die Ratifizierung dieses Abkommens an sich zu ziehen und den Bundestag auszuschließen. Am 14. Oktober wird sich der Bundestag mit diesem Thema befassen. Brot für die Welt, Attac und Forum Umwelt und Entwicklung fordern gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Offenen Brief an den Bundestagspräsidenten, sich für das Recht des Parlaments einzusetzen, das Abkommen zu debattieren und das Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen mit Westafrika im Bundestag abzustimmen. *cs*

Weitere Informationen im Web: [www.attac.de/epa-tour](http://www.attac.de/epa-tour)

## Mega-Stall für Giga-Milchfabriken?

Der holländische Infodienst Boerderij berichtete vor einiger Zeit von den Plänen des Unternehmers Kees Koolen, das weltweit größte Agrarunternehmen mit 32 Betriebsstätten und jeweils 22.000 Milchkühen in Brasilien aufzubauen. Vermutlich in Verbindung mit diesen Plänen zu sehen ist wohl der geplante Bau einer Anlage für 925 Milchkühe, 256 Stück Jungvieh und 224 Zuchtbullen im niederländischen Ort Wichmond/Bronckhorst, von der die Zeitung „De Gelderlander“ berichtet. In den Niederlanden hat ein durchschnittlicher Milchviehbetrieb 85 Milchkühe – Ställe mit mehr als 250 Kuhplätzen gelten als „Megastall“ mit besonderen Genehmigungsbeschränkungen. Der Internetdienst AgriHolland verweist auf die nur 30 Meter entfernte kulturhistorisch wertvolle Naturlandschaft Hackfort. Provinz und Gemeinde reagieren eher ablehnend auf die Pläne, die auch in Verbindung stehen sollen mit einem Stallbau-Genehmigungsantrag der Firma „Dutch Dairy Genetics“. Besonderen Unmut auch der Anwohner erregte ein Rundbrief eines Koolen-Beraters, die Verordnungsfrage lasse gegebenenfalls beim Scheitern der Kuhstallgenehmigung auch den Bau einer Anlage für circa 10.000 Schweine zu. *en*

## Unternehmer kritisieren TTIP

„Als Kleine und Mittelständische Unternehmen sind wir für einen fairen, transparenten Freihandel auf Grundlage hoher Umwelt- und Sozialstandards. Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) widerspricht diesen Grundsätzen. Daher fordern wir den sofortigen Stopp der Verhandlungen über TTIP. Wir widersprechen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, wenn sie behaupten, TTIP würde dem Mittelstand nutzen. Das Gegenteil ist der Fall. Zentrale Elemente des geplanten Abkommens wie die Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS), die Vereinheitlichung von Normen und Standards sowie die Marktöffnung im Bereich der Kultur, der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Ausschreibungen nutzen vor allem den Interessen globaler Konzerne, die mit besserer Kapital- und Personalausstattung kleine und mittelständische Unternehmen vom Markt verdrängen werden“, schreibt die 'Arbeitsgemeinschaft Klein- und Mittelständischer Unternehmen gegen TTIP' in einer Pressemitteilung auf ihrer Homepage. Wie auch auf der Seite der österreichischen Arbeitsgemeinschaft geben dort Unternehmer mit ihrem Porträt ein Statement gegen TTIP, viele verdienen ihr Geld an der Landwirtschaft und fürchten um ihre wie auch um die Betriebe ihrer bäuerlichen Kundschaft. *cs*

## Stein des Anstoßes

Beharrlich gegen Abgabezwang als Aufstockungshilfe für Großbetriebe

Auf der einen Seite als „ungerecht“, „nicht mehr zeitgemäß“ und „unvertretbare Enteignung von Rentenansprüchen“ kritisiert, auf der anderen Seite als strukturpolitisch unentbehrlich zur Durchsetzung der Hofübergabe bzw. zur Weitergabe der Flächen hartnäckig verteidigt: die in der Alterssicherung der Landwirte (AdL) enthaltene Verpflichtung zur Hofabgabe, um Rente beziehen zu können. Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem neben sozialrechtlichen Themen anderer Bereiche auch die Hofabgabeklausel (HAK) in Details umgestaltet werden soll. Von Abschaffung ist dort trotz vorhergehender Hoffnungen und Diskussionen keine Rede mehr. Der Bundesrat bereitet seine Stellungnahme vor; zumindest dessen Agrarausschuss hat sich Anfang September mehrheitlich gegen den Änderungsvorschlag und für eine Abschaffung ausgesprochen. Entscheiden wird die Mehrheit im Bundestag.

### Eigenständige Bäuerinnenrente

Der Arbeitskreis (AK) zur Abschaffung der Hofabgabeklausel hatte Ende August zu einem Informationsgespräch eingeladen, um deutlich zu machen, dass er mit den Ergebnissen der Gesetzesinitiative „überhaupt nicht zufrieden“ ist, weil „wieder einmal lediglich Randbedingungen ‘angepasst’ wurden“. Anwesend waren auch Friedrich Ostendorff (Grüne, Bundestag) sowie Manuela Grochowiak-Schmieding (Grüne, Landtag NRW) und Hans-Bernd Hartmann, Vertreter aus dem grün geführten Landwirtschaftsministerium NRW. Im Grundsatz für die komplette Abschaffung der Klausel, ging es den AK-Mitgliedern darum, dass im laufenden Gesetzgebungsverfahren durch Opposition und Länderministerien zumindest noch wichtige, bisher nicht enthaltene „Knackpunkte“ als Verbesserungen eingebracht

werden: Marlene Ortmann, Bäuerin aus Vlotho, empörte sich insbesondere: „Bei allem politischen Hin und Her, ob die Klausel noch Bestand haben soll oder nicht, müsste doch bei den ganzen Gleichberechtigungsdiskussionen zumindest in jeden Kopf gehen, dass die Bäuerinnenrente entkoppelt und eigenständig sein muss!“ Die Auszahlung der Rente eines beitragspflichtigen Partners hängt bisher davon ab, dass der oder die andere den Hof abgibt. Nach Angaben des AK sind etwa 40.000 Bäuerinnen betroffen.

### Scheinargumente entlarven

Der vom AK-Sprecher Dietrich Hugenberg vorgetragene eigene Kompromissvorschlag stieß bei den anwesenden politischen Vertretern auf geringe Resonanz: Die Hofabgabe solle nur für Betriebe mit vorhandenem Nachfolger auf Grundlage einer einvernehmlichen Regelung zwischen diesem und dem Abgebenden Bestand haben – alle anderen Betriebe sollten von der Abgabeverpflichtung befreit sein. Die weitere Notwendigkeit für eine derart gestaltete HAK wäre wohl auch fraglich. Hugenberg machte daran jedoch deutlich, dass der AK das Argument, die Klausel sei für eine rechtzeitige Hofübergabe nötig, für ein Scheinargument hält: „In Wirklichkeit sollen die Flächen der kleinen Betriebe den großen Betrieben möglichst schnell zur Aufstockung dienen.“ Die Anzahl der Junglandwirte gehe kontinuierlich zurück. Trotz HAK habe ihr Anteil im Jahr 2014 gerade einmal 5,5 Prozent betragen. Der überwiegende Anteil der frei werdenden Flächen wandere zu bereits bestehenden, kapitalstarken Betrieben, deren Betriebsleiter im Durchschnitt 53 Jahre alt sind, so der AK. Da wären zum Erhalt bäuerlicher Betriebe statt einer Verteidigung der HAK eigentlich Gedanken zu strukturfördernden politischen Unterstützungsmaßnahmen angebracht. *cu*



Hofabgabeklauselgegner im Gespräch mit Bundes- und Landespolitik

Foto: Weißenberg



# „Wir bleiben!“

Mit ihrer Hartnäckigkeit erwirkten bayrische Bäuerinnen ein Gespräch mit Seehofer und Brunner

Nach der eindrucksvollen Demo vom 1.9. in München entschlossen sich einige Bäuerinnen sehr spontan, eine Mahnwache vor der Bayerischen Staatskanzlei abzuhalten. Brigitte Tafertshofer aus Uffing und Lucia Egner, Obersöchering, teilten durch's Mikro mit, dass es Ziel der Aktion sei, mit Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ein Gespräch zu führen, um ihm unsere Anliegen zu überbringen. Spontan waren 16 Bäuerinnen bereit, bei der Aktion mitzumachen und die Nacht im mitgebrachten Viehanhänger zu verbringen. Er wurde auf dem Grünstreifen direkt vor der Staatskanzlei platziert. Eilig wurden Isomatten, Decken und Schlafsäcke organisiert, sowie Essen und Getränke von unterstützenden Demoteilnehmern herbeigebracht. Ein Bauzaun diente als Wand für die Plakate und Transparente, um den Passanten aufzuzeigen, warum wir hier sind. Brigitte baute in Windeseile ein Zelt auf, das sie vom eben beendeten Urlaub parat hatte. Eine Biertischgarni-

tur verzauberte den Hänger in eine gemütliche Bleibe. Nach den Formalitäten mit der Polizei und erstem Kennenlernen kam die Nachricht, wir würden um 18 Uhr in der Staatskanzlei empfangen. Ministerialdirigent Horst Wonka hatte uns zum Gespräch in die Staatskanzlei gebeten. Wonka hörte den Bäuerinnen aufmerksam und interessiert zu. Während des Gesprächs kam über Handy die ersehnte Zusage des Ministerpräsidenten: Er würde uns um 14 Uhr des folgenden Tages zum Gespräch empfangen, was spontanen Jubel auslöste.

## Nacht im Hänger

Trotz zäher Verhandlungen mit der Polizei musste Brigitte ihr Zelt abbauen. Am liebsten wäre allen gewesen, wir wären bis zum Gesprächstermin verschwunden. Die Bäuerinnen pochten aber darauf, vor Ort zu bleiben, was dann auch erlaubt wurde. Nach diesem „Erfolg“ machten wir es uns in unserem Quartier, soweit möglich, be-



Milchbäuerinnen werden von Ministerpräsident Seehofer empfangen

Foto: BDM



In Brüssel demonstrierten hauptsächlich Milchbauern

Foto: Nürnberger

quem. Marion Socher aus Bernbeuren war heimgefahren und brachte Decken, Kissen und Proviant. Die Truppe ergänzte sich unheimlich gut. Jede konnte oder hatte irgendwas, das man brauchen konnte. Eine Münchnerin gesellte sich zu uns und half uns, die Aktion im Internet, bei Facebook und bei der Presse zu verbreiten. Später kam noch ein Filmemacher, der um die Ecke wohnte. Er machte sich mit einem mitgebrachten Schüsselchen gekochter Kartoffeln beliebt und filmte eifrig bis nach Mitternacht.

## Der Minister kommt dazu

Nach einer verregneten Nacht im trockenen, aber engen Viehtransporter war der Vormittag mit Pressegesprächen, Fotos und Interviews gefüllt. Herzlicher Dank gebührt auch Gabi Kiening aus Dachau, die uns für Frühstück und Lunch alles mitbrachte, was ihr Haushalt so bot. Uns erfreute auch die Sympathie der Münchner Autofahrer mittels Wink- und Hupsignalen. Um 14 Uhr ging es etwas aufgeregt zu Herrn Seehofer und zu dem inzwischen ebenfalls angekündigten bayerischen Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU). Der Ministerpräsident erklärte uns gleich zu Beginn, dass er die Milchquote nicht weghaben wollte, deswegen aber damals als Landwirtschaftsminister beim deutschen Bauernntag ausgepiffen wurde. Nachdem die Bäuerinnen die äußerst schwierigen Bedingungen auf den Höfen geschildert

hatten, wurde in einem sehr freundlichen und sachlichen Gespräch die Situation umrissen. Einigkeit bestand darin, dass die derzeitigen Übermengen zu dem dramatischen Preisverfall führen. Die Bäuerinnen legten dar, dass es unbedingt nötig sei, die Milchmenge zurückzufahren, um den Milchmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Minister Brunner meinte, dass bereits eine Reduktion des Kraftfuttereinsatzes Auswirkungen zeigen würde, aber dass man dies ja nicht verordnen könne.

Die Bäuerinnen forderten, dass zukünftig ein europaweites System installiert werden muss, das Angebot und Nachfrage in Einklang hält, um Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen. Konsens bestand auch darüber, dass ein sozialer Markt Regeln braucht. Seehofer fand den Vorschlag sinnvoll, die Gelder der Superabgabe zur Mengenreduktion zu verwenden, und bat seinen Fachminister Brunner, das Marktmanagementsystem des BDM genau zu studieren. Er wusste auch, dass sich die Hälfte der deutschen Bauern in Bayern befinden. Er sagte zu, das Thema in den Koalitionsausschuss zu bringen.

Die Bäuerinnen von BDM und AbL bedankten sich für das sehr intensive und angenehme Gespräch, stellten aber auch klar, wenn sich nichts ändert, werden sie im Kampf um ihre Höfe wiederkommen.

Lucia Egner,  
AbL-Bäuerin aus Bayern

## Neuland Nord arbeitet weiter

Zahlungsziel auf zwei Wochen verkürzt – Investoren offenbar gefunden

### Geklonte Nutztiere geregelt und gezüchtet

Das EU-Parlament hat im September – fraktionsübergreifend – eine Verschärfung des EU-Kommissionsvorschlags zum Umgang mit Klontieren und deren Nachkommen ausgesprochen. Nach Ansicht des Parlaments sollen auch natürliche Nachkommen geklonter Nutztiere verboten werden sowie die daraus gewonnenen Erzeugnisse (Milch, Fleisch, Sperma). Das EP will auch ein Importverbot für Nachkommen geklonter Tiere, Zuchtmaterial, Fleisch und Milch von Nachkommen von geklonten Tieren. Zudem wollen sie die Regelung als unmittelbar für jedes EU-Land geltende Verordnung. Über dieses Dossier soll noch in der luxemburgischen Präsidentschaft mit den Mitgliedstaaten verhandelt werden. Gesundheitskommissar Andriukaitis erklärte bereits, dass viele Anträge des Parlaments für ihn rechtlich unmöglich oder unverhältnismäßig seien. In China hat gerade eine geklonte Kuh ihr erstes Kalb zur Welt gebracht. Die Kuh war zudem gentechnisch so verändert worden, dass ihre Muskeln höhere Fettanteile haben sollen. Sie ist Produkt eines Forschungsprojekts der Pekinger Landwirtschaftsuniversität welches zum Ziel hat, langfristig unabhängig von Rindfleischimporten aus Südamerika zu werden. av

### Arbeitsbedingungen bei Schlachtkonzernen

Am 21. September haben die sechs größten Unternehmen der Fleischwirtschaft zusammen mit dem Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) im Bundeswirtschaftsministerium eine Selbstverpflichtungserklärung unterzeichnet, „bis Juli 2016 ihre Strukturen und Organisation derart umzustellen, dass sich sämtliche in ihren Betrieben eingesetzte Beschäftigte in einem in Deutschland gemeldeten, sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnis befinden.“ Außerdem soll der Anteil der Stammbesetzung in den Betrieben von zur Zeit etwa 20 Prozent schrittweise erhöht werden. Im Vorfeld hatte die NGG die Branche dazu aufgefordert, künftig ganz auf Werkverträge zu verzichten: „Das Kerngeschäft eines Schlachthofs ist das Schlachten von Tieren. Die Mitarbeiter, die diese Arbeit machen, müssen festangestellt werden.“ Vor dem Hintergrund jahrelanger schlechter Erfahrungen in der Fleischbranche bleibt die NGG gegenüber der Absichtserklärung skeptisch. Auch der niedersächsische Wirtschafts- und Arbeitsminister Olaf Lies sieht noch „ganz viel Luft nach oben“, zumal wirksame Sanktionsmöglichkeiten fehlen. Die weitere Entwicklung müsse sehr aufmerksam verfolgt werden. Der deutschen Schlachtindustrie werden seit längerem Lohndumping und Ausbeutung der vielen per Werkvertrag Beschäftigten aus Osteuropa vorgeworfen. cw

### Milchbauernproteste auch vor dem Handel

Immer wieder kommt es momentan zu Demonstrationen von Milchbauern und -Bäuerinnen vor Handelsunternehmen, so in Ostfriesland, Nordrhein-Westfalen und im Allgäu. Es gehe darum die Aufmerksamkeit für die existenzbedrohende Situation der bäuerlichen Betriebe aufrechtzuerhalten, erklärt Ottmar Illchmann, AbL-Milchexperte mit 400 Kollegen und 200 Treckern von AbL, BDM und Landvolk vor dem Lager des ostfriesischen Handelsunternehmens Bunting. Alle müssten Verantwortung übernehmen auch der Handel, wenn es darum gehe wieder zu auskömmlichen Preisen zu kommen. „Dafür muss die Milchmenge runter“, so Illchmann, in einer konzertierten Aktion, für die die Politik den Rahmen stellen und Bäuerinnen und Bauern entsprechend agieren müssen. cs

Der Betrieb der Neuland GmbH Norddeutschland im niedersächsischen Bad-Bevensen läuft nach wie vor. Die GmbH verarbeitet und vermarktet weiterhin die nach den Neuland-Richtlinien gehaltenen Schweine und Rinder der Mitgliedsbetriebe. Die GmbH hatte Mitte Juli beim Amtsgericht Uelzen Insolvenzantrag gestellt. Nachdem ein Insolvenzplan vorbereitet wurde, ist nun vorgesehen, dass der vorläufige Insolvenzverwalter Anfang Oktober die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragen wird, so dass bis Anfang 2016 vom Amtsgericht eine Gläubigerversammlung einberufen wird, die einem Insolvenzplan zustimmen muss. Offenbar ist es gelungen, interessierte Investoren zu gewinnen.

Nach Einreichen des Insolvenzantrags im Juli ist die Auszahlung für einige zurückliegende Tierlieferungen aus dem ersten Halbjahr 2015 ausgesetzt worden, so dass einige Bauern zum Teil hohe Außenstände zu verkraften haben. Im Gegenzug konnte aber das Zahlungsziel für alle liefernden Bauern auf zwei Wochen verkürzt werden, so dass die Bauern für gelieferte Schlachttiere innerhalb von zwei Wochen ihr Geld erhalten. Der Insolvenzverwalter bestätigt bei jeder Lieferung die Zahlung und den Verzicht auf Rückforderungen, so dass mit den Lieferungen keine Ausfallrisiken eingegangen werden, wie in einem aktuellen Rundschreiben der GmbH an die Lieferanten ausgeführt wird. Das hat dazu geführt, dass die GmbH weiter in bisherigem Umfang beliefert wird. Nach Auskunft der GmbH konnte der Umsatz stabil gehalten werden.

Der Geschäftsführer der GmbH hat seine Kündigung, die er im Zuge des Insol-

venantrages eingereicht hatte, inzwischen zurückgezogen. Der Aufsichtsrat hat daraufhin einer unbefristeten Weiterbeschäftigung zugestimmt. Auch das wird als Zeichen der Stabilität und wirtschaftlichen Perspektive der GmbH gewertet.

Die Neuland GmbH Nord ist eine von drei eigenständigen Vermarktungsgesellschaften für Fleisch, das nach den Neuland-Richtlinien erzeugt wird. Eine weitere GmbH gibt es in Bergkamen (NRW) für Westdeutschland und eine Erzeugergemeinschaft in Überlingen am Bodensee für den Süden. Die Neuland-Betriebe arbeiten nach den Richtlinien des Neuland-Vereins, der von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Deutschen Tierschutzbund getragen wird. Das Neuland-Programm für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung besteht seit über 27 Jahren und ist damit in Deutschland das älteste Programm für die konsequente Umsetzung von Tierschutz in der Praxis. Die von Bauern, Tierschützern und Naturschützern gemeinsam entwickelten Haltungssysteme stehen bis heute für viele andere Ansätze Pate. Neuland selbst hat jüngst seine Richtlinien und vor allem die Kontroll- und Sanktionsregeln umfangreich überarbeitet und damit auch Konsequenzen aus den Richtlinienverstößen gezogen, die im Jahr 2014 ausnahmsweise für schlechte Nachrichten gesorgt hatten.

Neuland-Fleisch wird fast ausschließlich über Fleischfachgeschäfte, Großküchen, Gastronomie und kleinere eigenständige Lebensmittelhändler vermarktet. Handelsketten haben Neuland-Waren bisher noch nicht gelistet. uj



Blicken hoffentlich nach wie vor in eine Neuland-Zukunft - Schweine im Wendland Foto: Schievelbein



**Es reicht! – schon lange nicht mehr auf den Höfen. Viele Bauern und Bäuerinnen stehen mit dem Rücken zur Wand. Und inzwischen auch immer häufiger wieder in der Öffentlichkeit mit vielen Aktionen, die im vergangenen Monat stattgefunden haben und auch immer noch stattfinden. Die Märkte laufen über, es wird zuviel Milch und Fleisch produziert. Die Lösung der Politik lautet: Exporte, die Lösung der Bauern und Bäuerinnen: Menge reduzieren. Eine langfristige Stabilisierung der Preise wird nur durch eine Hinwendung zu einer Qualitätserzeugung, die Tiere und Umwelt schützt, zu erreichen sein. Nur so werden bäuerliche Existenzen erhalten werden.**



## Wie ernst ist ernst?

Wer Milch so günstig wie möglich fordert, opfert bäuerliche Betriebe zugunsten einer industriellen Produktion

**S**pätestens seit die Milchbauern in Deutschland wieder mit ihren Traktoren auf die Straßen gingen, wurde es einem Großteil der Bevölkerung bewusst, dass da etwas nicht stimmt mit dem Preis für die Milch. Von uneingeschränkter Sympathie für die demonstrierenden Milchbauern ist man allerdings auch in den Medien weit entfernt. „Der Mythos vom armen Milchbauern“ titelte die FAZ in einem Kommentar und schreibt weiter: „In Brüssel protestieren Milchbauern für höhere Preise. Dabei sind sie schon lange vorbereitet darauf, dass der Milchmarkt nun ein Markt ist. Und wer nicht konkurrenzfähig ist, muss eben schließen.“ Dass viele Betriebe von dieser Entwicklung betroffen sein könnten, im Sinne des Kommentators schlicht nicht konkurrenzfähig sind, bestätigt auch die Einschätzung des Bayerischen Bauernverbands (BBV): Tausende Milchbauern in Deutschland müssten ihren Betrieb in diesem Jahr aufgeben, schätzt BBV-Milchpräsident Günther Felßner.

### Besser werden als Andere

Konkurrenzfähig durch Rationalisierung und moderne Betriebsführung – das ist eigentlich die Sprache des Deutschen Bauernverbands (DBV). Doch auch der sieht die Bauern bedroht. Er fordert Finanzhilfen, eine Anhebung des Interventionspreises und eine Exportoffensive. Dass es nicht nur Jammern ist, wie mancher Kommentator den Bauern gerne unterstellt, belegen auch die Einschätzungen aus der

Finanzbranche. Schon aus den Milchkrisen 2009 und 2012 bestünden noch Liquiditätslöcher. Die Überschuldung liegt bei bis zu 23.000 €/ha und führt zu einer Kapitaldienstbelastung von über 6 Cent/kg Milch. Betroffen vom niedrigen Milchpreis sind insbesondere die Zukunftsbetriebe im Sinne des Deutschen Bauernverbands. Hoch spezialisiert, stark investiert, Flächen gepachtet, Tiere aufgestockt. Wenn dann auch noch mit Angestellten gearbeitet wird, neigt sich die Liquidität schnell dem Ende zu.

### Faire Preise

Da kommt die Forderung nach fairen Preisen, wie sie der Bundesverband Deutscher Milchviehalter auf den Demonstrationen in München, Brüssel und Berlin stellt, gerade recht. Aber da endet die Gemeinsamkeit auch schon wieder. Denn während der DBV um seine Großbetriebe bangt, für die er gerne eine „Marktberreinigung“ durch den Strukturwandel in Kauf nimmt, geht es einmal mehr um die Frage nach der Zukunft der Landwirtschaftsstruktur in Deutschland. Auch wenn sogar Politiker wie der Bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in der aktuellen Situation vor einem „Strukturbruch mit unabsehbaren Folgen für Kulturlandschaft und ländliche Räume“ warnen, muss klar sein, dass der Strukturwandel nie aufgehört hat. Er findet kontinuierlich statt. Dass jetzt so viele aufschreien, die ihn immer als Instrument zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft gepriesen haben, zeigt, dass momentan

auch Betriebe betroffen sind, die von der Lobby der Agroindustrie gewollt sind.

Trotz der finanziellen Bedrängnis gibt es aber das Bestreben weiter zu wachsen. In Baden-Württemberg planen gleich zwei Betriebe Ställe mit über 1.000 Kühen. Auch in Nord- und Ostdeutschland sind derartige Projekte geplant und zum Teil schon Realität. Wer finanziert derartige Projekte? Für welche Märkte soll hier produziert werden? Ganz offensichtlich ist die Molke- und Milchreibranche an immer größeren Betrieben interessiert, gibt es Banken und Investoren, die derartiges Größenwachstum finanzieren, allerdings nicht ohne Gebäude und Flächen als Pfand zu nehmen. Vor allem aber gibt es noch immer Bauern, die denken, den ganz großen Wurf zu machen, es allen zu zeigen.

### Verbindliche Regeln

Die Demonstrationen in Berlin, München und Brüssel Anfang September weisen jedoch in eine ganz andere Richtung. Den Milchbauern ist Ihre Lage bewusst. Ganz anders als der Kommentar in der FAZ unterstellt, schreien sie nicht einfach nach mehr Geld. Es geht um ein Regelwerk. Ein Regelwerk, das es ermöglicht, die Produktion dem Markt anzupassen. So wie jedes Unternehmen auf rückläufige Absatzzahlen mit einer Drosselung der Produktion reagiert, wollen auch immer mehr Milchbauern ein System, bei dem für alle verbindlich die Produktionsmengen geregelt werden. Nicht allein auf die Menge sondern darüber

hinaus auch auf die Qualität setzt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Sie fordert in der aktuellen Krisensituation mit den Einnahmen aus der Superabgabe einen Anreiz zur Reduktion der Milchmenge „Mit den EU-weit erwarteten über 700 Millionen Euro sollte den aktiven Betrieben ein Anreiz gezahlt werden, ihre Milcherzeugung befristet um einige Prozent zu reduzieren“, fordert der stellvertretende AbL-Vorsitzende Ottmar Ilchmann. Als langfristige Perspektive fordert die AbL für die Milch eine Qualitätsoffensive, wie zum Beispiel Weide- oder Heumilch und die regionale Verarbeitung in kleinen Strukturen unter Beteiligung der Erzeuger.

Die Erfahrungen während des Milchstreiks 2009, bei dem viele tausend Liter Milch ausgeschüttet wurden, haben gezeigt, dass es schwer und auf freiwilliger Basis unmöglich ist, so viele Betriebe in einer Erzeugerorganisation wie dem Milchboard zusammenzufassen. Von daher scheint die Forderung des European Milk Board nach einer gesetzlich fixierten europaweiten Regelung für den Krisenfall nur sinnvoll. Wer sich die Mühe macht, die Details zu lesen, zu verstehen, dass es um kostendeckende Erzeugerpreise und nicht um Phantasielöhne geht, eine flächendeckende, gesellschaftsprägende Landwirtschaftsstruktur und keine industrielle Lebensmittelproduktion gewollt sind, muss sich auf die Seite der Milchbauern stellen und mit ihnen gemeinsam für ein nachhaltiges Produktionsmengenmanagement eintreten. mm

# Nächster Schritt Agrarministerkonferenz Fulda

Milchbauern und Länder machen Druck auf Agrarminister Schmidt, der einen „Exportgipfel“ plant

Rhetorisch ist Bewegung in die Debatte um die richtigen Maßnahmen zur Beendigung der schweren Marktkrise am Milchmarkt gekommen. „Es gibt keine Denkverbote“, sagte Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), in einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit den Ministeriumsspitzen der Bundesländer am 21. September in Berlin. Alle seien sich einig, dass „wir keine Quote haben wollen“. „Die Marktverantwortung sollte nicht alleine beim Staat liegen, sondern es

kamen umgehend: Zuerst ging – stellvertretend für die Genossenschaftsmolkereien – der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) mit der Forderung „Keine Rückkehr zu mengensteuernden Maßnahmen“ an die Presse. Der Deutsche Bauernverband (DBV) folgte mit: „Keine falschen Hoffnungen durch wiederholte Diskussion über Mengensteuerung wecken“. Und der Agrarsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Franz-Josef Holzenkamp erklärte, es gebe „selbstverständlich keine Denkverbote“, aber CDU/CSU hätten sich längst

Bund und Ländern in Fulda. Da wird es einiges an Aktionen der Milchbauern und Bäuerinnen insbesondere im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) geben, nachdem Bundesminister Schmidt für die beiden EU-Agrarratstreffen im September zur Milchkrise jegliche Maßnahmen, die auf der Erzeugerseite zu einer abgestimmten Verringerung der Milchmenge führen könnten, kategorisch abgelehnt hat.

Die sieben Grünen Länderminister/innen haben für Fulda den Beschlussantrag „Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern“ eingebracht. Darin fordern sie, dass „insbesondere auch Instrumente für eine effektive und effiziente Mengenreduzierung im Krisenfall einzusetzen“ seien. Sie „bedauern, dass die Superabgabe nicht vollständig in den Milchsektor zurückfließt und dass diese Mittel nicht für Maßnahmen der freiwilligen Mengenreduzierung eingesetzt werden“. Den Bundesminister fordern sie auf, „auf EU-Ebene für weitergehende Maßnahmen einzutreten, mit denen insbesondere eine Verringerung des Milchangebotes erreicht werden kann“.

Die Geschäftsordnung der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern

sieht nur einstimmige Beschlüsse vor. Sachsen-Anhalts Minister Dr. Hermann-Onko Aiekens (CDU) machte auf der erwähnten Pressekonferenz am 21.09. seine ablehnende Haltung bereits deutlich: „Mengensteuerung ist kontraproduktiv im Hinblick darauf, wenn wir etwas Zusätzliches für den Export tun wollen. Da muss man sich entscheiden, was man will.“ Und er meinte: „Hätten wir TTIP bereits verabschiedet, wären die Märkte Nordamerikas leichter zu erschließen, als es jetzt der Fall ist.“

Wie Bayerns Minister Helmut Brunner in Fulda auftreten wird, ist noch unklar. Mitte September ließ er der Presse mitteilen, man müsse in Brüssel „auch prüfen, ob bereits bestehende Ansätze wie ein freiwilliger Produktionsverzicht gegen Entschädigungszahlungen umsetzbar und finanzierbar sind“. Im seinem Antrag zur AMK in Fulda fehlt dieser Passus, da steht allgemein, dass „alle Vorschläge rechtlich, fachlich und zeitlich auf Umsetzbarkeit und ihre Finanzierbarkeit geprüft werden“ müssten.

Am 16.-17. November wird der EU-Agrarrat laut Bundesminister Schmidt erneut über „Marktsteuerungsmaßnahmen“ reden. uj



In München demonstrierten Bauern mit Milchpulverwolken

Foto: Nürnberger

muss dann schon eine praktische Zusammenarbeit sein“, sagte Schmidt. Das von Baden-Württemberg in Auftrag gegebene Gutachten habe gezeigt, „dass es an vielem fehlt bei den Vorstellungen, man könne den Markt regulativ mit Automatismen beeinflussen. Wir wollen das ganz nüchtern in der nächsten Zeit durchaus noch diskutieren. Es gibt keine Denkverbote“, so die ausführlichere Fassung der Schmidt'schen Äußerung. Agra-Europa meldete dann, in Berlin deutete sich „möglicherweise ein Kurswechsel“ an, Schmidt habe gesagt, man werde über andere „Instrumente der Mengensteuerung“ als die Quote reden.

Allein das saß schon, die Reaktionen

mit allen Möglichkeiten zur Stabilisierung von Märkten befasst mit dem Ergebnis, dass für ihn mengensteuernde Maßnahmen auf dem Milchmarkt keine Lösung seien. Stattdessen empfahl er Absatz- und Exportförderung, wie vorher schon der DBV (mehr EU-Geld für „Exportoffensive“) und der DRV („Absatz- und Exportförderung in Drittländern zur Erschließung neuer Märkte sowie Abbau von Handelshemmnissen“). Hier wird BMEL Schmidt bereits aktiv: Für die zweite Oktoberhälfte läßt er zu einem „Exportgipfel“.

## Länder reagieren auf Druck

Vorher (30.09.-02.10.) tagt die Agrarministerkonferenz (AMK) von

## Qualitätserzeugung mit EU-Gütesiegel

Sie haben sich schon seit 2004 klar mit einer besonderen Produktqualität auf dem Milchmarkt positioniert: die Beteiligten der ARGE Heumilch in Österreich, darunter 8.000 Milchbauern und 60 Milchverarbeiter. Als Erzeugungsstandard haben sie gemeinsam, dass sie konsequent auf traditionelle, grundfutterbetonte Milchviehfütterung ohne Einsatz von Silage setzen. Zusammen vermarkten sie jährlich 420 Millionen Kilogramm Heumilch, das entspricht knapp 15 Prozent der gesamten in Österreich angelieferten Milchmenge. Die ARGE schätzt, dass der Anteil auf vergleichbare Weise erzeugter Milch europaweit nur noch bei drei Prozent liegt. Um den Standard im europäischen Raum festzuschreiben, hat die ARGE 2012 einen Antrag bei der EU eingereicht, um nach Kriterien die „Heumilch“ als garantiert traditionelle Spezialität (g. t. S.) mit dem EU-Gütesiegel schützen zu lassen – auf Deutsch, Englisch, Italienisch, Französisch und Spanisch. Nur wer entsprechend der dokumentierten Beschreibung Milch erzeugt, dürfte diese dann als Heumilch bezeichnen und damit werben. „Der aktuelle Stand ist, dass Heumilch g. t. S. von der Europäischen Kommission veröffentlicht worden ist“, informiert Silke Feurstein, Marketingmitarbeiterin der ARGE Heumilch Österreich. „Es laufen derzeit die Fristen, damit etwaige Einsprüche erhoben werden können. Wir sehen einer Eintragung ins Register der EU-Zeichen noch im heurigen Jahr positiv entgegen.“

Die traditionellen Spezialitäten sind wie die geografischen Herkunftsangaben EU-Gütezeichen, die Produktbezeichnungen vor missbräuchlicher Verwendung schützen. Für die Verbraucher kennzeichnen sie Produkte mit besonderen Merkmalen. Dabei steht g. t. S. für eine traditionelle Zusammensetzung des Erzeugnisses oder ein traditionelles Herstellungs- und/oder Verarbeitungsverfahren. Die ARGE hat sich selbst ein so genanntes „Heumilch-Regulativ“ gegeben, dessen Kriterien für den Antrag auf das Gütesiegel genutzt wurden: silofreie Bewirtschaftung des gesamten Betriebes, Fütterung der Kühe im Jahresverlauf mit Weide- oder Almhaltung im Sommer und Heufütterung im Winter. Als Ergänzung ist Kraftfuttermittel, mit Einschränkungen der möglichen Bestandteile, zugelassen. Gentechnisch veränderte Futtermittel, als extremste Abweichung von traditioneller Grünlandwirtschaft und Milcherzeugung, sind ausgeschlossen. cw



# Exportmärkte sind nicht die Lösung

Vor allem Milchprodukte mit geringen Qualitäten werden aus der EU ausgeführt

**N**icht erst in der aktuellen Milchkrise werden vom Deutschen Bauernverband und der Molkereiindustrie Drittlandexporte von Molkereiprodukten als ein zentrales Instrument angeführt, wenn es darum geht, die Wirtschaftlichkeit der Molkereien, aber auch der Milchproduzenten zu sichern. Immer wieder wird diese Exportausrichtung kritisiert, weil, so ein Argument, die Qualitäten der auf dem Weltmarkt gehandelten Produkte niedrig und leicht austauschbar sind. Sobald also andere Länder – Neuseeland, USA, Brasilien – ebenfalls ihre Milchüberschüsse auf diesen Markt bringen, sinken die Preise. Entgegen der Aussage der Molkereibranche, bei den Drittlandexporten handle es sich hauptsächlich um qualitativ hochwertige, nicht austauschbare Produktgruppen wie beispielsweise europäische Käsespezialitäten, belegt eine Untersuchung von Prof. Onno Poppinga und Dipl.-Ing. Michael Wohlgemuth, dass genau dies nicht der Fall ist. Die beiden Wissenschaftler analysieren hierfür die Daten der Außenhandelsdatenbank der EU (Easy Comext). Im Kern befassen sie sich mit den Exportzahlen des Zeitraums zwischen 2005 und

2014. Allerdings erwähnen sie, dass es schon mit der Verabschiedung des Absatzförderungsgesetzes 1968 ein klares Ziel der Mitgliedsstaaten der damaligen EWG war, Exportmärkte zu erschließen. Für den Milchsektor blieben diese jedoch beschränkt. Als Beispiel nennen die Autoren den Export von Kondensmilch nach Nigeria und Algerien und von Feta-Käse in den Iran. Erst mit Beginn des 21. Jahrhunderts, so das Resümee, wuchs die Bedeutung der Drittlandexporte auch real deutlich. So stiegen die Exportmengen im Untersuchungszeitraum 2005 bis 2014 um 52 Prozent. Dabei steigerte sich der Export zu Beginn langsamer: um 13 Prozent 2010 gegenüber 2005 und dann deutlich um 31 Prozent 2014 gegenüber 2010. Dieser mengenmäßige Zuwachs ging allerdings zulasten der Erlöse. Anders als zu erwarten blieben deren Steigerungen mit 44 Prozent in beiden Fünfjahreszeiträumen gleich.

## Massenprodukte überwiegen

In der weiteren Untersuchung wenden sich Poppinga und Wohlgemuth der Verteilung der unterschiedlichen Produkt-



Ende August will Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) mit seinen zwei Amtskollegen nur schnell vorbei an der protestierenden Milchbauern vor seiner Haustür. Franzose Stephane Le Foll (links im Bild) riskiert immerhin einen Blick, Marek Sawicki aus Polen (rechts) huscht auch lieber durch. Passend dazu die Aussagen der drei: Exporte, Durchhalten. Draußen fordert die AbL mit der Superabgabe eine Milch-Mengenreduzierung der Bauern und Bäuerinnen zu honorieren, Trecker umfahren das Ministerium, eine Kuh steht im Eingang. Foto: Schielvein

gruppen zu. Im Jahr 2014 kam der Produktklasse Magermilchpulver mit einem Anteil von 19 Prozent die zweitgrößte Bedeutung zu. Mit einem Zuwachs von 1,260 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf 1,969 Mrd. Euro 2014 erfuhr diese Produktgruppe besonders in jüngster Zeit eine außergewöhnliche Nachfrage auf den Drittlandmärkten. Noch deutlicher wird die gegenwärtige außergewöhnliche Bedeutung der Produktklasse Magermilchpulver, wenn die der Produktion zugrunde liegende Milchmenge in die Betrachtung mit eingeschlossen wird: Mit 4,834 Mio. Tonnen Milch wurden 2014 fast 25 Prozent der in den Drittlandexport geflossenen Milchmenge für die Produktion von Magermilchpulver verwendet und weitere 23 Prozent für die Produktion von Molke und Molkepulver. Die bezüglich ihres Anteils am Gesamtwert der Drittlandexporte 2014 mit 15 Prozent Anteil drittplatzierte Produktgruppe Vollmilchpulver weist mit einem Umsatzzuwachs von 1,072 Mrd. Euro 2005 auf 1,512 Mrd. Euro im Jahr 2014 in absoluten Zahlen einen deutlichen Zuwachs auf. Ihre relative Bedeutung in Bezug auf den Gesamtwert an exportierten Molkereiprodukten schwindet jedoch angesichts der Anteile von 22 Prozent 2005, 25 Prozent 2008, aber dann 2014 nur noch 15 Prozent.

## Alles Käse

Käse, also die nach den Befürwortern aufgrund seiner Qualität besonders hochpreisige Verwertungsschiene von Milch, führt mit 35 Prozent die Liste der

Exporte von Milcherzeugnissen in der Einzelbetrachtung deutlich an. Im Vergleich zu den Massenprodukten kommt diesen mit 65 Prozent jedoch eine deutlich höhere Bedeutung zu. Bei der Frage nach der Bedeutung von Käse als „Export von Qualitätsprodukten“ interessierte die beiden Wissenschaftler noch, welche Käsesorten exportiert wurden. Dabei stellte sich heraus, dass keinesfalls besondere Käsespezialitäten das Gros des Exportes ausmachten. Vielmehr wurden im Jahr 2014 68 Prozent des Gesamtumsatzes mit Käse von geringer Qualität, nämlich Schmelzkäse mit unterschiedlichen Fettgehalten, gemacht. Der Anteil der Käse in der Gruppe sechs („hohe Qualität“) betrug 2014 dagegen nur acht Prozent. Es handelte sich hierbei vor allem um Käseexporte aus Italien (Grana Padano) und Frankreich (Gorgonzola). Die Untersuchung zeigt, dass im Molke-sektor vor allem Massenprodukte exportiert werden. Dies würde sich aller Voraussicht nach auch bei einer aktuell vom Deutschen Bauernverband immer wieder geforderten Exportoffensive für Milchprodukte nicht deutlich ändern. Diesbezüglich mahnen die beiden Autoren: „Da sie in vielen Staaten der Erde erzeugt werden, sind sie bei Mengen- oder Preisschwankungen überaus leicht austauschbar.“ Damit dürfte ein weiterer Ausbau dieser Exporttätigkeit wenig geeignet sein, um Milcherzeugerpreise innerhalb der EU zu sichern und langfristig auf einem für die Bauern auskömmlichen Niveau zu halten. mm

## Qualität aus Heu

Schon 1998 gründete sich die Dorfkäserei Geifertshofen. Ziel war es, für die regionalen Bio-Heumilchbetriebe eine eigene Perspektive zu schaffen. Heute liefern neun Betriebe ihre Heumilch an die Käserei. Hier wird sie zu zwölf verschiedenen Käsesorten verarbeitet, die mehrere Monate in traditionellen Reifekellern aus Ziegeln lagern, damit sich die sortentypischen Aromen entwickeln können. Der Milchauszahlungspreis ist mit einem Nettopreis von 56 Cent/kg im Sommer und 62 Cent/kg im Winter einer der höchsten in Deutschland. Mit allen Aufschlägen kann er im Winter über 70 Cent betragen. Grundlage des Milchpreises sind nicht die Gewinnerwartungen der Molkerei, sondern die Kosten der Milchbauern. Seit Gründung der Dorfkäserei wurden immer wieder von einem externen Betriebsberater die individuellen Produktionskosten auf den Höfen ermittelt. Die anonymisierten Daten sind die Grundlage für den Auszahlungspreis des kommenden Jahres, der in einer gemeinsamen Besprechung von Milchbauern erarbeitet wird. Für die neun Betriebe ist die Käserei der Zukunftsgarant. Zwischen 24 und 60 Milchkühe überwiegend der Rasse Hohenloher Fleckvieh halten die Milchbauern. Für sie ist die Erzeugung eines qualitativ hochwertigen Produktes und dessen Vermarktung von zentraler Bedeutung bei der Existenzsicherung. Pro Jahr werden in Geifertshofen aus 2,3 Mio. Litern Bioland- und Demeter-Milch ca. 230 Tonnen Hart- und Schnittkäse. Vermarktet wird der Käse vor allem über Hof- und Bioläden in der Region. Auch Marktbeschicker, Metzgereien und die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH) vertreiben den Käse. Dass auch gute Konzepte nicht unangreifbar sind, mussten die Betreiber und Milchbauern Anfang 2014 erfahren. Die neuen, aber nicht richtig funktionierenden, Reifekeller führten damals zu Qualitätsproblemen und bedrohten zwischenzeitlich sogar die Existenz der Käserei. Durch das beherzte Engagement von Rudolf Bühler, dem Gründer und Vorsitzenden der BESH, ist es gelungen, das Fortbestehen zu sichern. In der Folge wurde die Käserei zu einer kleinen Aktiengesellschaft. Die ersten Aktien in Höhe von 500 Euro waren schnell verkauft. Damals zeigte sich, wie sehr die Käserei in der Region verwurzelt war und ist. Vom Bürgermeister über die Banken, Verbände bis hin zu Kunden und Verbrauchern reichte der Personenkreis, der über den Kauf von Aktien den Fortbestand des Unternehmens und letztendlich des gesamten Projektes, zu dem auch die Milchbauern gehören, garantieren wollte. Inzwischen hat die Gesellschaft ein Stammkapital von 375.000 Euro und noch immer werden Aktien nachgefragt. Bei der jährlichen Aktionärsversammlung werden freilich keine Renditen ausgeschüttet, sondern jeder Aktionär bekommt seinen Deputatkäse. mn

# Eine Preiskrise – zwei Demos

Die Vorstellungen von zukunftsfähiger Marktgestaltung weisen in verschiedene Richtungen

Es wurde deutlich in Brüssel: Die Milchbäuerinnen und -bauern haben Wut im Bauch, weil die aktuelle Milchpreiskrise auf den Höfen an die Substanz geht. Mehrere Tausend forderten Anfang September während der Marktkrisensitzung der europäischen Landwirtschaftsminister Unterstützung durch wirksame politische Maßnahmen. Bei der Frage, was als zukunftsfähige Agrarmarktpolitik angesehen wird, stehen sich jedoch ganz grundsätzlich zwei Richtungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten gegenüber: Weltmarkt- oder Bedarfsorientierung. Diese Spannung zeigte sich eindrücklich durch zwei verschiedene Demonstrationen vor den EU-Gebäuden. Aufgerufen hatten zum einen der Zusammenschluss COPA-COGECA der Bauern- und Genossenschaftsverbände und zum anderen die europäischen Milchbauernorganisationen unter dem Dach des European Milkboard, deren Aktion sich die meisten anschlossen. Auf der Seite der großen Bauernverbände, die eng mit den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen der gesamten Ernährungsbranche verwoben sind, wird die Ausrichtung auf freien Markt und Wirtschaftswachstum auf Basis von weltweitem Handel angestrebt. Politische Vorgaben stören den Wettbewerb. Die Äußerungen des Deutschen Bauernverbands (DBV) legen nahe, der Markt sei etwas, woran man teilnehmen kann,

was aber außerhalb der Gestaltungsreichweite liegt: In einem Interview mit dem *Spiegel* sagte der Präsident des DBV, Joachim Rukwied: „Im Moment sind die Preise bei allen landwirtschaftlichen Produkten zu tief. Aber das ist ein Ergebnis des Marktes und der ist global.“ Seine Rezepte: bei akuter Preiskrise Liquiditätshilfen und langfristig „die Erschließung neuer Exportmärkte und der Abbau von Handelshemmnissen“. Eine Sichtweise, die weitgehend auch die Bundeslandwirtschaftspolitik bestimmt: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt setzt voll auf Exportförderung und lehnte bis vor kurzem jede Idee von Mengensteuerung als „aufgehübschte Quote“ ab. Sein Staatssekretär, Dr. Robert Kloos, bezeichnete auf einer Agrarwirtschaftstagung offene Märkte als eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen dauerhaften Erfolg der Branche und hob das geplante Freihandelsabkommen TTIP als Chance hervor. Zu all dem passt das von den EU-Agrarministern letztlich beschlossene Maßnahmenpaket mit einer Ausstattung von 500 Mio. Euro für finanzielle Soforthilfen und einer geplanten Exportoffensive.

## Erzeugerebene braucht Handhabe

Auf der anderen Seite weisen Bauernorganisationen, die zum weltweiten Netzwerk Via Campesina gehören, wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche

Landwirtschaft (AbL), und die europaweit entstandenen Interessenverbände der Milchbauern, wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), darauf hin, dass die Einflussmöglichkeiten der Milcherzeuger innerhalb der großen oder sogar globalen Wertschöpfungsketten sehr gering sind. „In der Strategie der Bauernverbände und der Milchindustrie verkommen die Milchbauern zu reinen Rohstofflieferanten, die den Molkereien die Milch zu möglichst niedrigen Preisen zu liefern haben“, beschreibt Ottmar Ilchmann von der AbL die Notwendigkeit für Marktregeln, die auf Erzeugerebene ansetzen. Vom Ernst der Lage auch für Betriebe, die sich marktkonform aufgestellt haben, berichten Finanzierungsberater von Banken. Einer von ihnen erklärte in einem Fachgespräch, dass auf den Höfen noch Liquiditätslöcher aus den vorherigen Krisen bestünden. Die Überschuldung liege z. T. bei 23.000 €/ha und die Kapitaldienstbelastung teilweise höher als 6 Cent pro Liter Milch. Die Kosten geraten durch die weltweite Konkurrenz stark unter Druck, gleichzeitig bestehen jedoch in der EU ökologische und gesellschaftliche Anforderungen, die über die Rohstoffherzeugung hinausgehen.

## Bedarf im eigenen System

Die alternativen Bauernorganisationen fordern eine Orientierung der Lebensmittelerzeugung an der Nach-



Melken unter lokalen Bedingungen im Niger  
Foto: Tierärzte ohne Grenzen Belgien

frage und den gemeinsamen Anforderungen innerhalb des Wirtschaftsraumes der EU. Anstatt letztere als Wettbewerbsnachteil auf dem Weltmarkt zu verteufeln, setzt sich die AbL dafür ein, besondere Leistungen als Qualitätsmerkmal zu vermarkten. BDM-Vorsitzender Romuald Schaber erklärt den Sinn von Mengensteuerung: „Setzt man die vorgesehenen Mittel gezielt für eine Marktberichtigung des Überangebots ein, wird das Geld der Milchviehhalter für den Steuerzahler kostenneutral reinvestiert. Wir wollen den Markt aktiv in Ordnung bringen, statt finanzielle Trostpflasterchen zu erhalten.“ Unterstützt werden die Anstrengungen der Bäuerinnen und Bauern für einen gemeinsamen europäischen Handlungsrahmen u. a. durch einen bemerkenswerten Solidaritätsaufruf, der von entwicklungspolitischen Organisationen wie Oxfam, FIAN und Tierärzte ohne Grenzen sowie von einer Reihe westafrikanischer Landwirtschafts- und Milchbauernverbänden unterzeichnet wurde: „Wir unterstützen die Forderungen der europäischen Milchbauern nach profitablen Preisen durch eine Produktion, die auf einem Niveau entsprechend der europäischen Bedürfnisse reguliert wird. (...) Die Volatilität und der Verfall der Milchpreise sind nicht zwangsläufig. Sie sind Ergebnisse von politischen Entscheidungen. (...) Wir brauchen Solidarität zwischen LandwirtInnen, zwischen Staaten sowie zwischen Erzeugern und Konsumenten genauso wie Produktionsregeln, die faire Preise ermöglichen. Wir müssen nachhaltige, bäuerliche, vielfältige Landwirtschaft erhalten, die es jeder Region der Welt ermöglicht, ihre eigenen Ernährungssysteme zu entwickeln, und damit das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität respektieren.“



In Brüssel ließen sich die Agrarminister von der Polizei vor den demonstrierenden Milchbauern abschirmen

Foto: Nürnberger



## Welche Ebene sät wo aus?

Jede Beantwortung einer juristischen Frage in Sachen Nachbau eröffnet drei neue

**W**er gedacht hatte, das Nachbauverfahren um eine Raiffeisen-Genossenschaft und ihre Aufbereitung, das Ende August vor dem Oberlandesgericht in Karlsruhe stattfand, würde einfach abgehandelt, wurde eines Besseren belehrt. Zwar hatte das Gericht im Vorfeld einen ersten Hinweisbeschluss verfasst, in dem es die gesetzlichen Grundlagen als nicht anwendbar ansah. Später legte es dann einen weiteren Hinweis nach, in dem es als zu prüfen ansah, ob die Saatgutaufzeichnungsverordnung tatsächlich in dem in Rede stehenden Fall eine Marktverhaltensregel darstellt oder nur der behördlichen Kontrolle dient. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, die die Genossenschaft vertritt, sieht allerdings – egal ob die Saatgutaufzeichnungsverordnung nun Markt-

verhalten regelt oder nur der Behördenkontrolle dient – keine Legitimation, dies Instrument aus dem Saatgutverkehrsgesetz einfach auf die Nachbaugesetze (IGN) zu übertragen. Die Saatguttreuhand Verwaltungs GmbH (STV) möchte dies, da sie darüber das Urteil des Bundesgerichtshofes untergraben könnte, welches besagt, dass ein Aufbereiter bei seiner bäuerlichen Kundschaft nicht nach dem Sortennamen fragen muss, wenn er Erntepartien zur Aufbereitung annimmt. Ließe sich die Saatgutaufzeichnungsverordnung hier nach dem Willen der STV einsetzen, müssten alle Sortennamen verzeichnet werden. Die STV begründet das je nach Argumentationskette mit mehr Verbraucherschutz, dann wieder mit weniger. Verbraucherschutz soll natürlich eine Rückverfolgbarkeit von Vorgängen sein, die

einen späteren Schaden nachvollziehbar machen. Aber alle anderen für so eine Transparenz zu erwerbenden Daten jenseits des Sortennamens werden vom Aufbereiter erhoben, der Sortenname ist nicht notwendig.

### Kontrolle oder Wettbewerb?

Dieser Frage hat sich das Gericht aber zumindest bislang nur halbherzig angenommen. Viel mehr wägt es noch ab, ob der Einsatz der Saatgutaufzeichnungsverordnung im Bereich der Nachbauaufbereitung nur der behördlichen Kontrolle dient und damit juristisch abzulehnen ist oder ob er im Interesse der Marktteilnehmer Marktverhalten regelt und damit juristisch zulässig wäre. Fragen über Fragen, das Urteil ist für Mitte Oktober angekündigt. *cs*



Noch wird die Frage der Anwendbarkeit der Saatgutaufzeichnungsverordnung in der Nachbauregelung nicht - wie fälschlicherweise in der letzten Ausgabe der Unabhängigen Bauernstimme behauptet - hier vor dem Bundesgerichtshof verhandelt  
Foto: Miletzki/BGH

## Vorauselender Gehorsam

Raiffeisen in Karlsruhe will nur noch mit Sortennamen aufbereiten

**N**icht nur die Raiffeisen Zentralgenossenschaft in Karlsruhe hat in einem Rundschreiben an Bäuerinnen und Bauern angekündigt ab „der Herbstsaison 2015 keine Nachbauaufbereitung mehr durchzuführen, wenn Sie uns die Sorte nicht nennen.“ Auch werde von jeder aufbereiteten Partie ein Rückstellmuster gezogen. All dies sei die Konsequenz aus einem neuen Gerichtsurteil. Die Genossenschaft hebt damit

auf eine juristische Auseinandersetzung vor dem Landgericht in Recklinghausen und dann vor dem Oberlandesgericht in Hamm ab, bei dem in einem juristischen Pingpong am Ende die Richter die Wirksamkeit der Saatgutaufzeichnungsverordnung für die Nachbaugesetzgebung beschieden. In den Verfahren blieben allerdings viele Fragen unbeantwortet, während gleichzeitig ein weiteres Verfahren vor einem anderen

Oberlandesgericht – nämlich in Karlsruhe (siehe Text oben) noch läuft. So hat es doch ein wenig von vorauselendem Gehorsam, wenn genossenschaftliche Aufbereiter jetzt schon rigoros darauf bestehen, den Sortennamen zu erfahren. So lange diese Thematik nicht letztinstanzlich geklärt ist, muss es möglich sein auch ohne die Nennung von Sortennamen Nachbau aufbereiten zu lassen. *cs*

**Ge**  
**gen**  
Nachbau-Gebühren

### Null Toleranz

Die derzeit geltende Nulltoleranz für nicht geprüfte und nicht zugelassene gentechnisch veränderte (GV) Pflanzen in Lebens- und Futtermitteln steht erneut auf dem Prüfstand. Das geht aus einem jetzt bekannt gewordenen Briefwechsel der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der EU-Kommission (DG Sanco) und der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) hervor. Demnach soll die EFSA ausloten, ob und in welchem Maße die Anforderungen an die Risikoabschätzung für GV-Lebens- und Futtermittel verringert werden könnten, wenn bspw. die Antragsteller „nur“ eine Zulassung für „zufällige und technisch nicht vermeidbare“ GV-Anteile bis zum Schwellenwert von 0,9% beantragen. Damit könnten zukünftig GV-Anteile von nicht geprüften und nicht zugelassenen GV-Pflanzen von bis zu einem „Verschmutzungs-Schwellenwert“ von 0,9% in Importen enthalten sein. Die EFSA wolle eine solche Möglichkeit bis Mai 2017 klären. Die SPD-EU-Parlamentarierin Maria Noichl, die EP-Grüne Maria Heubuch und die EP-Christdemokratin Sirpa Pietikäinen zeigten sich entsetzt. Im Auftrag der Kommission solle die EFSA „prüfen, welche der Auflagen für die Risikoprüfung beim Import von gentechnisch verunreinigten Lebens- und Futtermitteln fallen gelassen werden könnten. Anstatt das Vorsorgeprinzip zu stärken und die Risikoprüfung zu verbessern, sollen also neue Löcher gebohrt werden!“ *av*

# Aufbruch in die Moderne?

Ein landwirtschaftliches Bildungszentrum regt zum Fragenstellen an

**E**chem ist ein verschlafenes Dorf im nordöstlichen Niedersachsen, nicht gerade der Nabel der Welt. Aber Echem kennt jeder landwirtschaftliche Auszubildende im „Agrarland“ Niedersachsen als Ort, an dem man überbetrieblich Tierhaltung lernt. Mit 10.000 Besuchern im Jahr, davon alle 7.000, die eine Aus- oder Fortbildung im Bereich Landwirtschaft machen und 3.000 Gästen, Kindergruppen, Schulklassen, Betriebsausflüglern rechnet das Landwirtschaftliche Bildungszentrum (LBZ) der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Echem – Tendenz gerade aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich steigend. Das Interesse an Landwirtschaft,

daneben liegt ein Außenklima-, Stroheinstreu-, Funktionsbereiche trennender, nach Öko- und Neulandrichtlinien zertifizierter, holzverschalter Komplex für 32 Sauen und 285 Mastschweine. Es wird deutlich, worum es geht, wenn außerlandwirtschaftliche Besucherströme am Eröffnungstag neugierig hier- wie dahin gucken und den konventionellen Stall schon als voll und dreckig empfinden, obwohl er erst zu einem kleinen Teil belegt ist. Gleichzeitig gibt es unter dem landwirtschaftlichen Fachpublikum nicht wenige, die hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand die Ökospielecke als Nischenkolores abtun, die weder technisch

gesellschaftliche Akzeptanz“ inzwischen ein „harter Produktionsfaktor“ sei. Man müsse dem Verbraucher erst mal vermitteln, was moderne Landwirtschaft denn sei, es gebe doch da eine erhebliche Distanz nach dem Motto: „Große Traktoren machen mir Angst, große Pflanzen machen mir Angst.“

## Risikomanagement

Hier kann Echem gerade mit seinen nebeneinander stehenden Schweineställen sicher zur Aufklärung beitragen, zumal vielleicht auch nicht ganz so viele Verbraucher so naiv auf die Dinge gucken, wie Kloos Beifall heischend anführte. Vielleicht beantworten sie die

Ende des Weidegangs, den es dort damals eben auch noch gab, sein muss. Vor 25 Jahren war ein Highlight der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung in Echem noch das Melkenlernen im Weidemelkstand. Es drängt sich wieder die Frage nach der Moderne auf. Ist Effizienz nur eine hohe Milchleistung, auch wenn zu viel Milch auf dem Markt ist und es aus Verbraucher- wie auch aus Tierwohl- und Qualitätssicht besser wäre, die Kühe auf die Weide zu schicken?

## Spaß bei der Arbeit

„Früher wurde ausschließlich auf produktionstechnische Merkmale abgeleitet aus dem ökonomischen Wert gezüchtet“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des LBZ Echem Uwe Clar auf der Eröffnungsschweinefachtagung. Heute hingegen spielten auch Merkmale ohne direkten ökonomischen Bezug eine gewisse Rolle. Und seine Prognose: Diese Tendenz werde sich verstärken. Es gehe immer mehr auch um Sozialverhalten, gute Muttereigenschaften, eine gewisse Nachhaltigkeit im Hinblick auf Tierwohlbestrebungen, Stichwort: freie Abferkelung. Dazu referierte der Tierhaltungsprofessor Steffen Hoy. Der Tenor seiner Literaturstudie: Die Ferkelverluste in der freien Abferkelung sind per se drei bis fünf Prozent höher als in fixierten Systemen. Unterschiede in den freien Systemen, die zeigen, dass bessere Ergebnisse durchaus möglich sind, waren nicht sein Thema. Jan Hempler, Berater für Ökolandbau bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und derjenige, der den Ökostall des LBZ geplant hat, kann zwar noch auf keine Zahlen verweisen, geht aber davon aus, dass die Verluste in seiner acht Quadratmeter großen, freien Abferkelbuch nicht deutlich über den konventionellen liegen werden. Das tun nur die Kosten und die Arbeitszeit, die man aufwenden müsse, um so einen Stall zu bauen und erfolgreich zu führen. Die müssen sich, daran lässt auch Hempler keinen Zweifel, über höhere Produktpreise realisieren lassen. Dann allerdings habe man einen an die Bedürfnisse der Tiere wie auch die Ansprüche der Verbraucher angepassten Arbeitsplatz in der Landwirtschaft, der – so Hemplers Erfahrung – von manchen Bauern auch deshalb gewollt werde, weil er schön sei und das Arbeiten dort wieder Spaß mache.



Auch auf dem Weg in die Zukunft vor der neuen Schweineanlage in Echem: Kunst am Bau von Sina Heffner - neben den Ökoschweinen die Einzigigen mit Außenklimareizen  
Foto: Heffner

besonders an landwirtschaftlicher Tierhaltung, in der Gesellschaft steigt nach wie vor, gerade vor dem Hintergrund verschiedener Kontroversen. Das nimmt auch LBZ-Geschäftsführerin Martina Wojahn zunehmend wahr, wenn es um die Bildungsangebote geht. Gleichzeitig beklagt sie die Schwierigkeit, qualifizierte Mitarbeiter aus der Landwirtschaft für die neu geschaffenen LBZ-Bereiche zu finden. Ambivalenz ist der stärkste immer wieder auftauchende Eindruck auf dem nach einer mehrjährigen Umbauphase grundrenovierten Gelände der LBZ mit viel Technik und moderner Optik. Das LBZ bündelt wie unter einem Brennglas jene zentralen Richtungsfragen, denen sich die Landwirtschaft überall stellen muss. Am offensichtlichsten tut es das im komplett neu entstandenen Schweinebereich. Dort steht ein konventioneller 270er Sauen- und 1.275er Maststall, der zwar kleine Variationen in der Stallgestaltung nebeneinander stellt, aber am Ende doch ein scharf an den gesetzlichen Vorgaben entlang gebauter, klimatisierter Betonspaltenbau ist, der nur mit kupierten Schweineschwänzen funktionieren wird. Direkt

noch wirtschaftlich langfristig funktionieren werde.

## Akzeptanzprobleme

Eröffnet wurde das „alte, neue“ LBZ Anfang September nicht nur mit Festakt, Minister, Präsidenten, Honorationen und einem bunten Tag der offenen Tür, sondern auch mit einer Fachtagung. Zu spüren war der Wunsch, die Moderne der Bauten und der Technik möge abstrahlen auf die ganze Landwirtschaft. Im Falle der Milchproduktion, so der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Robert Kloos als Festredner, „müsse das Management noch angepasst werden“. Während um ihre Existenz fürchtende Milchbauern unterwegs zu Protesten in München und Brüssel sind, sagt Kloos, man müsse sich noch besser mit den Molkereien abstimmen und die Exporte ankurbeln. „Wir wollen doch alle freie Unternehmer sein.“ Gleichzeitig kommt er nicht umhin zu sagen, dass vor allem die Schweinehaltung bei den Verbrauchern „deutliche Akzeptanzprobleme“ habe. Es dürfe aber nicht nur um das Wohl der Tiere, sondern müsse auch um das der Bilanzen gehen, auch wenn „ge-

Frage nach der Modernität dessen, was sie sehen, anders als der Großteil der Agrarfunktionärsaudienz im Festsaal. Diese mochte der Vortrag der Agrarökonomin Mechthild Frentrup vielleicht ein wenig irritieren. Sie referierte zu Risikomanagement, welches im landwirtschaftlichen Betrieb in den vergangenen Jahren umso wichtiger geworden sei, aufgrund der immer komplexeren Welt aus volatilen Märkten, Wachstum, Lohnarbeitsverfassungen, Pachtpreisen etc. Ein breit aufgestellter Betrieb sei unter dem Aspekt Risikomanagement im Vorteil, so ihre Bilanz, wengleich das in einem gewissen Widerspruch zur betriebswirtschaftlichen Sicht stehe, die immer auf einen hohen Spezialisierungsgrad setze. Eigentlich hätten in diesem Moment Milchviehspezialberater, von denen sicher einige im Raum saßen, betreten zu Boden gucken müssen. Auch die Kühe im LBZ haben neue, moderne, luftige Ställe bekommen mit Laufhöfen, auf denen sie ein bisschen verloren wirken. Vor zehn Jahren konnte man Echem immer als Referenzbetrieb anführen, wenn es darum ging, dass ein Melkroboter, der dort damals schon Dienst tat, nicht das



# AbL-Thüringen lädt zum Hofbesuch

Thüringer Landwirtschaftsministerin will bäuerliche Landwirtschaft unterstützen

Im Thüringer „Zukunftskatalog Landwirtschaft 2020“ steht sie, der Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung fordert sie, doch nirgends findet man sie: die ausgeglichene Agrarstruktur in Thüringen. Grund genug, auch beim Besuch der Thüringer Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (Linke) am 11.8. auf dem AbL-Hof „Hofkäserei Burgmühle“ mit ihr darüber zu diskutieren, wie sie denn nun endlich Realität werden könnte. Das Wetter war herrlich, das Ambiente äußerst idyllisch und das Essen bäuerlich-lecker; ein Rundum-Wohlfühlpaket also, was sicherlich auch mit dazu beitrug, dass der Hofrundgang und das anschließende mehr als zweistündige Gespräch sehr konstruktiv und angeregt verliefen.

Wir von der AbL Mitteldeutschland hatten ja schon länger einen Kriterienkatalog erarbeitet, der bei der Verpachtung von Flächen, die der Freistaat verwaltet, und bei Landverkäufen nach dem Grundstücksverkehrsgesetz – die ja auch in der Hoheit der Landesbehörden liegen – regeln soll, wer das Land bekommt und wie es demzufolge in Zukunft bewirtschaftet werden wird. Damit würde dann endlich die bisherige Praxis beendet, nach der das Land derjenige bekommt, der es schon immer hatte, im Zweifelsfall also meist der LPG-Nachfolger.

## Vergabekatalog

Gelten soll das Verfahren auch für die so genannten „weißen Flächen“, die Flächen also, die keinem Besitzer zugeordnet werden können und deshalb von den Landkreisen verwaltet werden. In Thüringen dürften allein dies etwa 20.000 ha sein, genaue Zahlen werden von der Agrarverwaltung derzeit zusammengetragen; bislang hatte da offensichtlich niemand so richtig hinschauen wollen. Brisant wird es in dem Punkt auch noch zusätzlich deshalb, weil die Bewirtschafter dieser Flächen diese nach 25-jähriger Nutzung auf sich übertragen lassen können – und so lange ist nun die Wende schon her.

Ausgangspunkt dafür war unser Engagement, die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) zu einem verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Land zu bewegen. Die Idee ist schlicht und auch für eine unwillige und/oder überlastete Verwaltung einfach umzusetzen: Jede anstehende Verpachtung und jeder Verkauf werden öffentlich bekannt gemacht (z. B. über eine noch zu schaffende „bäuerliche Bodenbörse“) und allen Interessierten ein Fragebogen zugeschickt, auf dem sie einfache und leicht überprüfbare Angaben z.B. zu folgenden Punkten machen müs-

sen: Gentechnikfreiheit im Betrieb, Arbeitskräftebesatz anhand der Normarbeitszeiten der LBG, bodengebundene Tierhaltung, Stallgröße, ökologische Bewirtschaftung etc. Diese werden nach einem vorgegebenen Schema mit Punkten bewertet und den Zuschlag bekommt der oder die mit den meisten Punkten – ganz einfach ... Der Punktekatalog kann gerne bei uns angefordert werden (mitteldeutschland@abl-ev.de).

Diesen Vorschlag haben wir schon länger mit den Abgeordneten der regierungstragenden Koalitionen beredet. Im September wird er im zuständigen Ausschuss behandelt. Auch Frau Keller bekundete spontan Zustimmung und sicherte zu, den Katalog gründlich zu prüfen – zusammen mit einem ähnlich gelagerten Vorschlag, der offensichtlich von den Ökoverbänden an sie hergetragen wurde. Hier werden wir sicherlich sehr wachsam und kritisch dabei sein müssen, damit die entscheidenden Kriterien nicht irgendwelchen juristischen Bedenken geopfert werden; einige Anmerkungen des lang eingesessenen Abteilungsleiters Landwirtschaft in diese Richtung ließen uns aufhorchen. Hoffnungsfroh stimmt dabei, dass die Landwirtschaftsministerin auf Nachfrage explizit betonte, dass sie an „zahnlosen Tigern“ kein Interesse hätte und wir außerdem zu allen wesentlichen Gesprächsrunden diesbezüglich eingeladen würden.

Angesprochen auf die Strategien des Landes gegen das drohende Landgrabbing und Unternehmensübernahmen durch außerlandwirtschaftliche Investoren, hatte sie (noch) keine wirklichen Ideen. Die hiesige Verwaltung spielt das Problem ja immer wieder herunter, da es offensichtlich

in Thüringen noch kein wirkliches Problem darstellt – zum Glück, sollte man meinen, spielt das Kind noch auf dem Brunnenrand. Zeit genug also, sich dagegen zu wappnen: Hier könnte der mittlerweile leider zurückgezogene Entwurf ihres CDU-Ministerkollegen aus Sachsen-Anhalt einen ersten Ansatz bieten. Zu unserem mittlerweile traditionellen „Tag der Landwirtschaft“ am 10. Januar wird Frau Keller jedenfalls an einer Podiumsdiskussion zu eben diesem Thema teilnehmen.

## Gentechnik verhindern

Bei der Frage der bundesweiten Gentechnikverbote liefen wir bei ihr, wie erwartet, offene Türen ein; schließlich hatte ja Thüringen den Gesetzentwurf im Bundesrat mit eingebracht – aber auch hier müssen wir wachsam beobachten, was davon nach der politischen Kompromissmühle noch übrig bleibt. Ebenso beim Thema TTIP: Obwohl der Thüringer SPD-Wirtschaftsminister ja offensichtlich bei der Länderkonferenz dem zugestimmt hatte – wovon sie nichts wusste – ist sie überzeugt, dass da große Gefahren auch für die Thüringer Landwirtschaft drohen und das Abkommen deshalb abzulehnen sei. Ob, wo und mit welcher Vehemenz sie dem auch Ausdruck verleihen wird, werden wir sehen.

Die Zeit war schnell um und so blieben viele Themen unberührt oder konnten nur ganz kurz angeschnitten werden – deshalb freuen wir uns umso mehr über die Zusage der Ministerin, die Gespräche regelmäßig fortzusetzen.

Reiko Wöllert,

Geschäftsführer AbL Mitteldeutschland



Thüringens Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (l.) im Gespräch mit Reiko Wöllert und Claudia Gerster von der AbL-Mitteldeutschland  
Foto: AbL

## Frage der Größe

Nun hält die Größe auch in Süddeutschland Einzug. Während eine Bürgerinitiative bereits 1.000 Einwendungen gegen einen geplanten Milchviehbetrieb mit 1.000 Kühen in der baden-württembergischen Gemeinde Ostrach gesammelt hat und AbLer vor Ort den Verdrängungswettbewerb auf dem Rücken der kleinen Betriebe kritisieren und eine artgerechte Fütterung und Haltung mit Weidegang fordern, wurden im ebenfalls baden-württembergischen Schrezheim gerade vom Gemeinderat die Weichen für einen aufstockungswilligen Betrieb gestellt. 1.500 will die ortsansässige Familie zukünftig halten und wünscht sich dafür die Ausweisung eines Bebauungsplans durch die Gemeinde, damit aufgrund der Gewerblichkeit dann ein 100%iger Futterzukauf möglich ist. Das beführwortete der Gemeinderat, da die Familie anderenfalls auf Grundlage der Privilegierung landwirtschaftlicher Betriebe im Baurecht bauen würde, dann aber durch die vorgeschriebene „vorwiegend eigenen Futtergrundlage“ einen immensen Druck auf die anderen landwirtschaftlichen Betriebe bzw. die Pachtpreise in der Region ausüben würde. Eine Begrenzung der Rinderzahl für den Betrieb lehnte der Gemeinderat ab. cs



# Auf fruchtbaren Boden

Eine Kooperations-Solawi entsteht

**D**rei Höfe, eine Bäckerei und eine Gruppe von Verbrauchern. Ab Oktober beginnen sie ihr erstes Jahr: die Solawi Schinkeler Höfe in der Nähe von Kiel. Nicht ganz ein Jahr ist vergangen, seitdem sich die erste Gruppe, bestehend aus fünf bis sechs Verbrauchern, zum ersten Mal getroffen hat, um für Kiel eine Solidarische Landwirtschaft (Solawi) ins Leben zu rufen.

Die Gründungsgruppe veranstaltete einen Infoabend, um weitere Mitstreiter für die Idee zu begeistern und recherchierte nach Biohöfen in der Umgebung. In der Ökoregion Schinkel, 18 km westlich von Kiel, wurden sie fündig. Dort erhielten alle potentiellen Erzeuger eine Einladung zum Bauernfrühstück, bei dem von erfahrenen Solawi-Höfen berichtet wurde, Fragen gestellt und Zweifel beseitigt werden konnten.

Einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass die Initiative auf Betriebe traf, die schon seit fast 30 Jahren miteinander kooperieren.

## Vier Betriebe

Der Wurzelhof von Dieter Pansegrau baut auf 10 ha eine große Vielzahl an verschiedenen Gemüsen im Freiland und unter Folie an. Ganz besonders Wert wird dort auf den Erhalt und den Aufbau der Bodenfruchtbarkeit gelegt. Der Gründung dieses Betriebes liegt selbst ein solidarischer Akt zu Grunde: Zu Beginn erwarben 30 Einzelpersonen gemeinsam als GbR die ersten Flächen und schrieben die ökologische Nutzung fest. Der Milchviehbetrieb Rzehak mit 50 Kühen erzeugt Vorzugsmilch und

Fleisch. Er steht gerade vor der Hofübergabe. Der Junior greift die Idee der Solawi gerne auf, da er darin die Möglichkeit sieht, die Qualität seiner Erzeugnisse beizubehalten, den Kühen wieder ihre Hörner zurückzugeben und trotzdem den Betrieb weiterführen zu können. Auch die 200 Milchziegen vom Hof Mevs sind jetzt Teil der Solawi. Familie Zastrow, die den Hof schon in der zehnten Generation betreibt, sah sich zuvor mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit konfrontiert, den Tierbestand aufstocken zu müssen. Nun bauen sie für die Solawi-Mitglieder Getreide und Kartoffeln an und haben sich ein Hühnermobil angeschafft. Diese Diversifizierung kommt ihren Vorstellungen der Betriebsentwicklung viel mehr entgegen als eine Aufstockung der Tierzahl.

Neu für das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft ist die Einbindung eines Verarbeiters. Die Bäckerei „Kornkraft“ von Dieter Schleiger verarbeitet seit 27 Jahren das Getreide von Hof Mevs. Ein erhoffter Nebeneffekt der Solawi ist die Erleichterung der Arbeitsbedingungen, da nicht mehr nachts gebacken werden müsste. Allen vier Betrieben ist gemeinsam, dass sie in räumlicher Nähe zueinander stehen, schon lange miteinander kooperieren, aber bisher wirtschaftlich eigene Wege gegangen sind. In Zukunft erhalten die Mitglieder der Solawi Schinkeler Höfe von ihnen Gemüse, Brot und Kuchen, aber auch Eier, Fleisch, Wurst, Milch und Quark von Kuh und Ziege.

In privat organisierten Depots in



... und bei der ersten gemeinsamen Kartoffelernte

Fotos: Schinkler-Höfe

 **Solidarische  
Landwirtschaft**  
*sich die Ernte teilen*



Die neue Solidargemeinschaft bei der Gründung...

Kiel, in Eckernförde und in Schinkel können sich die Mitglieder ihren Anteil an den Lebensmitteln abholen. Um den Kontakt mit den Erzeugern zu intensivieren, sind verschiedene Veranstaltungen, u. a. auch Ernteeinsätze auf den Höfen, geplant. Jetzt geht es ins Aufbau- und Probejahr für diese Form einer Kooperation von verschiedenen Betrieben und ihren Mitgliedern, die das Potential hat, sich bis auf 300 Haushalte zu vergrößern. Die erste Kartoffelernte wurde schon gemeinsam eingebracht. Im ersten Jahr fließt nur ein kleiner Teil der Erzeugnisse der Betriebe in die Solawi. So möchte man erste Erfahrungen sammeln, sich besser kennen lernen und darauf aufbauend wachsen und wenn möglich irgendwann nur noch für die „Mit-Bauern“ produzieren.

## Ein Zukunftsmodell?

Wenn die Solawi-Idee sich weiter ausbreiten soll, wenn auch mehr spezialisierte Betriebe „solidarisch“ werden möchten, wird dieses Modell einer Kooperations-Solawi Schule machen. Jeder macht, was er gut kann, was der Boden und die Bedingungen anbieten und Verarbeiter kommen mit ins Boot. Das erhöht die Zahl der Menschen, die über Solawi ernährt werden können und es trägt zu einer größeren Vielfalt der Nahrungsmittel bei, so dass immer weniger dazugekauft werden muss.

Doch wie ist es dann mit der Verbindung der Mit-Bauern zu „ihrem“ Hof, was ist mit dem Bild einer möglichst vielfältigen, dadurch ganzheitlichen Landwirtschaft, dem „Hoforganismus“, bei dem alle „Organe“ – Pflanze-Tier-Mensch – zur Gesundheit des Ganzen beitragen? Wie errechnen sich die Betriebskosten und die Beiträge,

wie ist es mit der Solidarität untereinander bestellt, die meist auf dem regelmäßigen persönlichen Austausch beruht? Ab wann wird eine Kooperations-Solawi zu groß und anonym, als dass Mit-Bauern noch mitarbeiten könnten oder wollten?

## Entwicklungsarbeit

Viele Fragen, die sich zum Teil auch die Solawi Schinkel stellt und denen das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft auch auf seiner nächsten Herbsttagung nachgehen wird. Zum einen die Frage nach dem „gemeinsamen Grund“, also dem Selbstverständnis von Solawi, zum anderen, wie kann dieses durch Entwicklung, Veränderungs- und Anpassungsprozesse beibehalten werden? Was ist unsere gemeinsame Idee von Solawi als Bauer und Bäuerin und als Mit-Bauern? Was ist noch eine Solawi und was „nur“ eine Abokiste ohne direkten Bezug zwischen den Teilnehmern und zu den Betriebskosten? Wo wird noch Verantwortung mitgetragen? Wie entwickeln sich Solawis mit den Jahren, welchen Kontakt und Austausch braucht es, oder gibt es einen „Reife-Prozess“? Irgendwann wird es dann vielleicht normal sein, „Ernte“ zu verteilen bzw. sich seinen Anteil an Lebensmitteln abzuholen, nach dem Motto: Einkaufen war gestern!

Stephanie Wild,  
Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

Die diesjährige Herbsttagung des Netzwerks wird vom 12.-15. November bei Kassel stattfinden. Die Anmeldung dafür ist ab jetzt über [www.solidarischelandwirtschaft.org](http://www.solidarischelandwirtschaft.org) möglich. Mehr Informationen über die Solawi Schinkeler Höfe unter [www.schinkeler-hoefe.de](http://www.schinkeler-hoefe.de)



## Nachgerechnet

Merkwürdige Zahlen der Berufsgenossenschaft

In den Juliausgaben der Wochenblätter wurde landauf, landab eine Presseerklärung der Berufsgenossenschaft zum Unfallgeschehen in der Rinderhaltung „Mehr Sicherheit durch hornlose Rinder“ wiedergegeben. Die einleitenden Sätze der Presseerklärung lauten: „Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) verzeichnete im Jahre 2014 über 6.000 Unfälle beim Umgang mit Rindern, die mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit beim Verletzten verursachten. Acht Unfälle endeten tödlich. Eine Untersuchung durch die SVLFG hat ergeben, dass bei 17 Prozent aller Unfälle und bei der Hälfte der tödlichen Unfälle ein Kopfstoß der Tiere ursächlich war. In 19 Prozent dieser Unfälle wiederum war ein Horn Unfallverursacher.“ Im Folgenden wird wendend die „fach- und tierschutzgerechte Enthornung von Rindern“ hervorgehoben. Dazu stellt sich die Frage: Was am Ausbrennen der Hornansätze soll denn wohl tierschutzgerecht sein?

Nun eine kleine Rechnung mit den Zahlen der Berufsgenossenschaft: Bei 17 Prozent aller Unfälle sei ein Kopfstoß beteiligt (17 % von 6.000 ergibt 1.020 Unfälle). Bei 19 Prozent davon sei wiederum ein Horn beteiligt (19 % von 1.020 ergibt 193,8 Unfälle). Setzt man diese Zahl 193,8

ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Unfälle (= 6.000), so ergibt sich ein Anteil von 3,2 Prozent. Nun weiß ich leider nicht, wie hoch der Anteil der Milch- und der Mutterkühe ist, die erfreulicherweise ihre Hörner noch haben, aber es dürften um einige mehr sein als 3,2 Prozent aller Rinder! Das hieße, die Hörner sind weit weniger Unfallverursacher als durch den Anteil ihres Vorkommens wahrscheinlich wäre. Selbst bezogen auf die Unfälle durch Kopfstöße ist höchstens zu erkennen, dass Hörner ungefähr im gleichen Maße beteiligt sind, wie sie anteilig bei den Tieren vorkommen. Schätzungen der EU gehen von 20 Prozent behornter Tiere aus; das Bundeslandwirtschaftsministerium geht in der Publikation „Landwirtschaft verstehen“ davon aus, dass „bei weit über der Hälfte der Rinder das Hornwachstum verhindert wird“. Wenn die Zahlen der Berufsgenossenschaft stimmen, dann ist ihre Interpretation nicht nur tendenziös, sondern schlichtweg offenkundig albern. Die Zahlen sind dann eher eine Werbung dafür, endlich mit dem Ausbrennen der Hornansätze aufzuhören.

*Onno Poppinga,  
Prof. em. der Uni Kassel, Fachgebiet  
Landnutzung und regionale Agrarpolitik*

## Notfalls höre ich auf!

Mein Großvater hatte einen Betrieb mit neun Hektar. Wir sind mit Kühen gefahren. In unserem baden-württembergischen Dorf mit Realteilung gab es nach dem Zweiten Weltkrieg 142 landwirtschaftliche Betriebe, zwei Drittel davon unter zehn Hektar und nur



Ein Bauer aus Baden-Württemberg erzählt

zwei über 20 Hektar. Mein Vater hat im Krieg einen Fuß verloren und konnte deshalb nicht in der Landwirtschaft arbeiten. Ich hatte noch drei jüngere Geschwister. Schon bald musste ich in dem Betrieb mitarbeiten. 1953 kam ich aus der Schule, mein 70-jähriger Großvater und ich waren die Hauptarbeitskräfte, um die Familie zu ernähren. Es waren ärmliche Verhältnisse. Unser Hof war

mitten im Ort und sehr klein. 1960 wurde unser Dorf Musterdorf und unser Haus sollte weg. 1963 habe ich mit acht Hektar Land von meinem Großvater zwei Kilometer außerhalb des Ortes ausgesiedelt. Weitere sieben Hektar habe ich noch mit Darlehen gekauft, so dass nach der Flurbereinigung 15 Hektar in Hofnähe zugeteilt wurden. Es war sehr schwierig, Pachtflächen zu bekommen. Mit Hilfe einer fleißigen Frau und der Mithilfe unserer fünf Töchter wurde der Hof stetig größer. Eine Tochter lernte Landwirtschaft, hat aber auf einen anderen Hof geheiratet. Als wir 2001 den Hof dieser Tochter übergaben, waren es 48 Hektar mit 26 Kühen, kompletter Jungrinderaufzucht und 200 Mastschweinen.

Mein Schwiegersohn bewirtschaftet 110 Hektar Wiesen und 40 Hektar Ackerland, im Stall sind 80 Milchkühe und die Nachzucht. Er und seine Frau sind voll ausgelastet. 2001 gab ich die Kühe mit Milchkontingent meiner Tochter. Von da an bewirtschaftete ich den Betrieb mit 15 Hektar Grünland, 23 Hektar Acker und je 20 Rindern und Schweinen zur Mast weiter. Im Herbst vor zwei Jahren habe ich die Viehhaltung aufgegeben; das Gras verkaufe ich an eine Biogasanlage. Wie lange ich noch wirtschaftete, hängt hauptsächlich von den Rahmenbedingungen ab, die ja zu großen Teilen von der EU kommen. Viele Auflagen und Einschränkungen, ohne dafür auf dem Markt mehr Geld zu bekommen, lasse ich mir nicht mehr gefallen, notfalls höre ich auf.



Pustertaler Schecken mit wundervollen Hörnern

Foto: Redaktion

### Es merkt...

...überall im herbstlichen Medienwald. Das zum Jugendwort 2015 vorgeschlagene „merkeln“ steht für Probleme aussitzen und sich nie genau festlegen wollen. Das gilt aber nicht nur in der großen Politik, auch die Agrarmedien merkeln schon lange. Von Ausnahmen abgesehen, potenzieren sie Hektar, PS oder Milchleistungen, um vom Strukturwandel und seinen Folgen abzulenken. Nun versucht auch die Bauernstimme, die eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern sein will, diese Art, indem sie in der letzten Ausgabe den konkreten Beitrag einer Bäuerin, die zudem AbL-Bundesvorsitzende ist, so platziert hat, dass er nur aufmerksamen Lesern auffällt. Statt über Milchmengenreduzierung zu merkeln, schlägt die Bäuerin vor, selbst Kraftfutter zu reduzieren. Die von ihr genannten positiven Effekte einer kraftfütter-

reduzierten Milchviehfütterung sind von Poppinga u. a. ja sogar wissenschaftlich belegt. Zudem sind nicht nur die Überschüsse eine Folge der kraftfutterbetonten Hochleistungsstrategie, sondern auch die Verdrängung von eiweißreichem Grünlandfutter aus dem Trog. Warum also auf Solidarität warten, statt selbst mit gutem Beispiel vorzugehen?

Oder ist es die Ungleichheit der Landwirtschaft, die da gemerkelt werden soll. Denn Land bewirtschaften erfolgt in Oberbayern unter anderen natürlichen und strukturellen Bedingungen als in Westfalen und in Mecklenburg wieder unter anderen als im Schwarzwald. Nur der Zeitgeist der neoliberalen Globalisierung kennt diese Unterschiede nicht mehr. Die Einheitshektarprämie folgt diesem Denkmuster und belohnt es mit der einfachen

Formel mehr Hektar = mehr Prämie. Und war der Sturz der neuen Neoliberalen auf die sozialistischen Strukturen im Osten nicht auch eine Folge? Dass dahinter der einfache kapitalistische Grundsatz der grenzenlosen Rationalisierung zur Verbilligung der Produktion steht, was weniger Bauern heißt, um Kaufkraft für weiteren, mehr oder weniger sinnlosen, Konsum freizusetzen, sollte nicht weiter gemerkelt werden. Dann wird auch die zu einfache Formel mehr Kraftfutter = mehr Milch ihren Glauben einbüßen.

Die OECD hat in einer Studie über die Schweizer Agrarpolitik kürzlich formuliert, was sonst gemerkelt wird: Die Rolle der Talbetriebe ist die Produktion für den Markt und die Bergbetriebe dienen der Biodiversität. Werden Stimmen aus dem Berggebiet deshalb schon nicht mehr ernst genommen?

Wer weiter denkt, sollte draufkommen, dass dieser Weg weder Überschüsse reduziert noch die Biodiversität in der Fläche erhält. Deshalb meine Anregung für eine zukunftsfähige Agraropposition, sich endlich mit Postwachstumsstrategien auseinander zu setzen. Das Agrarbündnis hat mit seiner Tagung „Die Bäume wachsen nicht in den Himmel“ im Sommer einen Impuls gesetzt. Eine ganz konstruktive Anregung bietet das gerade erschienene Buch des Gärtners und Regionalexperten Christian Hiß mit dem herausfordernden Titel „Richtig rechnen“. Denn erst wenn die Veränderungen im Natur- und Humankapital in Betriebskonzepten und Bilanzen berücksichtigt werden, wird der Frühling für die bäuerliche Landwirtschaft kommen.

*Siegfried Jäckle,*

*78112 St. Georgen-Oberkirnach*



Milchbäuerinnen und Milchbauern demonstrieren für eine Mengensteuerung und faire Preise am Odeonsplatz in München

Fotos: Nürnberger

### Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern?

Allerorts wird heute der Sieg der Theoretiker über die Praktiker als „Professionalisierung“ gefeiert. Dabei werden die Träger von Erfahrungswissen ausgegrenzt von denen, die das Schulwissen verbreiten – also von den „Geschulten“. Anders bei der Unabhängigen Bauernstimme. Sie steht unter dem Motto: „Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern“. Doch hält sie, was sie verspricht?

In der letzten Ausgabe zum Thema Milchkrise ist Marcus Nürnbergers Leitartikel auf Seite zwei ein typisches Produkt der „Professionalisierung“. Alles darin ist richtig, aber nichts davon bringt die betroffenen Bauern auch nur einen Schritt weiter. Nichts Konkretes, nirgendwo etwas, was für das eigene Tun relevant wäre.

Ganz anders der im Innenteil auf

grauem Hintergrund versteckte Beitrag der AbL-Bundesvorsitzenden, Gertraud Gafus. Die Bäuerin bringt die Sache auf den Punkt. Sie schreibt, was man als Praktiker tun kann. Sie zeigt einen Weg auf, der jenseits des verrückten Wachsen-oder-Weichen-Systems liegt und dennoch für jeden Milchbauern gangbar ist. Ja, ihre Idee eines Kraftfutterverzichts führt heraus aus dem besinnungslosen Wettrennen im Hamster-Rad, das die Bauern kaputt macht. Ein Kraftfutterverzichts senkt nicht nur die Milchmenge, was die Bedingung für eine Erholung der Preise ist. Er führt auch auf direktem Wege zu einer besseren Tiergesundheit und zu einer entscheidenden Verbesserung der Milchqualität! Mediziner weisen schon seit geraumer Zeit darauf hin, dass es den Stoffwechsel der Kühe durcheinander

bringt, wenn sie wie Schweine gefüttert werden – und dass die Milch solcher Kühe den Menschen nicht gut tut.

Die anschaulich begründete Idee des Kraftfutterverzichts ist ein starker Impuls für einen selbstbestimmten Ausstieg aus dem Verdrängungswettbewerb von Bauern gegen Bauern. Sie öffnet das Tor hin zu einem verantwortlichen und solidarischen bäuerlichen Tun. Auch dies ist erstmal Theorie. Aber es ist eine aus der praktischen Erfahrung kommende Theorie, die die Kraft dazu hat, in der bäuerlichen Praxis wirksam zu werden – und dann auch politisch zu wirken. Als AbL sollten wir froh und dankbar sein, eine Bundesvorsitzende zu haben, die mit Leib und Seele Bäuerin ist, einen scharfen Verstand hat und eine klare Sprache spricht! Gertraud Gafus ist eine

Frau, die die bäuerliche Bewegung nicht mit großem Getöse in den aussichtslosen Kampf innerhalb des Wachstumssystems hineinschickt und sich dort totstrampeln lässt – sondern unsere Kräfte dorthin lenkt, wo wir tatsächlich etwas bewegen können. Ihr Wirken ist eine große Chance für die AbL und für die bäuerliche Bewegung insgesamt. Wir sollten diese Chance nutzen und Gertraud Gafus unterstützen!

Die Unabhängige Bauernstimme muss sich entscheiden: Entweder den authentischen Stimmen der Bäuerinnen und Bauern Vorrang geben – und sie entsprechend platzieren – oder aber das Motto „Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern“ streichen.

*Michael Beleites,*  
*01723 Blankenstein*



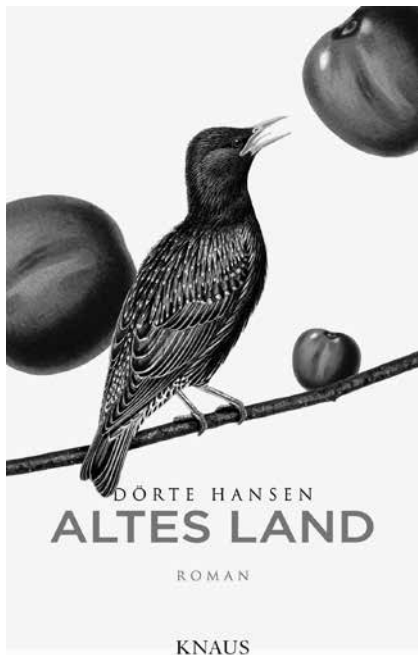
# Betriebliche Eigenkontrolle Tierschutz

**D**ieses für den Einsatz in der Praxis gedachte Handbuch bietet eine Zusammenstellung von tierbezogenen Indikatoren zur Beurteilung des Tierwohls. Als Handreichung für Eigenkontrollen der Betriebsleiter wurde versucht, möglichst oft auf Daten zurückzugreifen, die in anderen Zusammenhängen sowieso erhoben werden, wie z. B. Schlachtbefunde. Hinzu kommen Tierbeobach-

tungen und -beurteilungen an Hand von klar abgrenzbaren dreistufigen Bewertungsmustern. Auch für die Art der Durchführung und die Häufigkeit der Kontrollen werden Vorschläge gemacht. Nicht enthalten sind Hintergrundinformationen. So werden Begrifflichkeiten vorausgesetzt und es gibt keine Erklärungen, z. B. worin Verhaltensstörungen wie Zungenrollen bei Mastbullen be-

gründet sind. Nur tabellarisch in Stichworten werden die Indikatoren mit den damit verbundenen möglichen Tierschutzproblemen verknüpft. Wer Eigenkontrollen durchführen will, bekommt einen hilfreichen Überblick. Zum Einlesen oder um auftauchende Tierwohlprobleme in den Griff zu bekommen, braucht es weiter gehende Informationen und Beratung. *cu*

*KTBL (Hrsg.), Tierschutzindikatoren – Vorschläge für eine betriebliche Eigenkontrolle. KTBL-Schrift 507, 2015, 64 Seiten, 19 Euro, ISBN: 978-3-945088-06-7, zu beziehen über den AbL-Verlag.*



## Altes Land

**D**ie Geschichte erzählt von zwei Menschen, die in ihrem bisherigen Leben nicht richtig heimisch geworden sind: Vera, die im Frühjahr 1945 aus Ostpreußen mit ihrer Mutter auf einem holsteinischen Hof ankommt, dort nach wenigen Jahren von ihrer Mutter zurückgelassen wird, das große kalte Haus erbt und sich doch dort nicht zugehörig fühlt, und Anne, die 60 Jahre später als Hamburgerin mit ihrem Kind aus einer Beziehung und aus dem hippen, alternativen, vollwertigen Großstadtumfeld flieht und bei ihrer Tante

Vera unterschlüpft. Rund um die beiden Hauptpersonen erlebt der Leser weitere wunderbar gezeichnete Charaktere.

Der Journalist, der auf den Landlust-Hype aufspringt, der Obstbauer, der nicht von den Spritzmitteln lassen will, der Handwerker, der lieber nach Maß anfertigt als 08/15-Fenster baut, alle erleben die Grenzen ihrer Ideale und Träume.

Die Autorin wirft in leichter Erzählweise, mit Humor und mit Tiefgang einen Blick auf die Vielschichtigkeit

und Gegensätzlichkeit der Gesellschaft. Sehr empfehlenswert! *vt*

*Dörte Hansen: Altes Land. Knaus 2015, 288 Seiten, gebunden, 19,99 Euro, ISBN: 978-3-8135-0647 zu beziehen über den AbL-Verlag*

# Immissionsschutzgesetz konkretisiert

**D**as Bundes-Immissionsschutzgesetz hat einen ganz zentralen Stellenwert, wenn es um die Verhinderung großer agrarindustrieller Tierhaltungsanlagen geht. Die Paragraphen des Gesetzes müssen jeweils konkret angewendet und interpretiert werden, unter

anderem durch das Hinzuziehen bestehender Gerichtsurteile. Ein Gesetzeskommentar enthält ganz viele solcher Konkretisierungen, Auslegungen und Beispiele – deshalb sind insbesondere Neuauflagen mit ihren neuen Fakten hier von besonderer Bedeutung. Der

Kommentar von Professor Dr. Hans D. Jarass, Direktor des ZIR Forschungsinstituts für deutsches und europäisches öffentliches Recht an der Universität Münster, ist in diesem Rechtsbereich ein zentrales, wenn auch nicht gerade billiges Standardwerk, insbesondere

aber beileibe nicht nur für Juristen und Menschen in Verwaltungen. *en*

*Hans D. Jarass, BimSchG – Bundes-Immissionsschutzgesetz, Kommentar. Verlag C.H. Beck, München, Neuauflage 2015, 1026 Seiten, 139 Euro.*

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 €  2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

#### Matthias Stührwoldt

##### Das wahre Landleben!

##### Bücher:

- .... 11,00 € - Bauernparty
- .... 11,00 € - Nützt ja nix
- .... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- .... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- .... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- .... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

##### CD:

- .... 10,00 € - König Silo
- .... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- .... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- .... 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

#### Bodenpolitik in Ostdeutschland

- .... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- .... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- .... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
- ....je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- .... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- .... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

**...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)**

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

**(Klein) Anzeigen**

**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2015:

[www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen](http://www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen).

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS November ist der 14. Oktober 2015.**

**Preiswert europaweite Transporte!**

[www.spedition-klaus-rundt.de](http://www.spedition-klaus-rundt.de)

[www.rundt-holz-pellets-briketts.de](http://www.rundt-holz-pellets-briketts.de)

[Spedition@Klausrundt.de](mailto:Spedition@Klausrundt.de)

☎ 04188/89 30-0

**Tiere**

- **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

**Sonstiges**

- **Obstbäume** in historischen und bewährten Sorten für den Garten, den Hof und die Streuobstwiese. Bioland-Baumschule PFLANZLUST, Infos: [www.biobaumversand.de](http://www.biobaumversand.de)

**LEGUMINOSEN AUSGESÄT, UND DANN...**

**EFN**  
Eiweißfutter aus Niedersachsen

**Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!**

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:  
[www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de](http://www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de)

☎ 05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

**Was geht MICH denn BAYER an?**

**JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!**

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)  
Machen Sie mit in der Aktionsbündnis-Tagung  
„Das geht mich an“ am 10.10.2015  
in der Göttinger Hofkirche  
www.cbgnetwork.org

**Ihr erfahrener Partner für Windprojekte !**

Profitieren Sie von unserer Erfahrung aus 1.700 realisierten Windenergieanlagen. wpd ist Ihr Partner – von der Planung bis zum Betrieb.

**wpd onshore GmbH & Co. KG**  
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl  
T. 07142 / 77 81-0  
[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de) [www.wpd.de](http://www.wpd.de)

**Veranstaltungen**

**TTIP, CETA und die Ernährung**

**30.09.2015, Essen, 19.00 Uhr**  
„Gefährden TTIP und CETA unsere Ernährung?“ Zu dieser Fragestellung lädt die slow food Gruppe aus Essen zu einem Vortrag ein. Referentin: Berit Thomsen AbL e.V.

Ort: Bürgerzentrum VILLA RÜ - Aula -, Girardetstr. 21, Essen-Rüttenscheid

**Agrarministerkonferenz**

**30.09.-2.10.2015, Fulda**  
Bund-Länder-Agrarministerkonferenz

**Hofkäsetag**

**02.10.2015, München, 10-18 Uhr**  
Der Hofkäse-Tag auf dem Viktualienmarkt ist die Auftaktveranstaltung zu den unterschiedlichsten Aktionen, die im „Hofkäsemonat Oktober“ in ganz Deutschland, in Irland und in den Niederlanden stattfinden – von Hofkäse-Verkostungen bis zu Hofkäseprüfungen, von Hofkäse-Schulen bis zu Hofführungen, von Hoffesten bis zu Hofkäsemärkten.

Viktualienmarkt München

**Stop-EPA-Tour 2015**

**23.9.-27.9. und 5.10.-10.10.2015**  
Nach zwölf Jahren kontroverser Verhandlungen wurden im vergangenen Jahr die Verhandlungen um das EPA zwischen der EU und der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS abgeschlossen. Die Abkommen

zwingen afrikanische Staaten zu einer radikalen Marktöffnung für EU-Importe. Konzerne kommen leichter an Sprecherinnen und Sprecher aus Ghana und aus Kamerun berichten von ihren Erfahrungen mit der Handelspolitik der EU, von den drohenden Folgen dieser Handelsabkommen und von ihren Vorschlägen für eine andere Handelspolitik.

05.10.2015 Bielefeld, 19.00 Uhr, Ravensberger Spinnerei, Hist. Saal  
06.10.2015 Hamburg, 19.00 Uhr, Uni HH-Hauptgebäude Flügel West, Raum 221  
07.10.2015 Fulda, 19.30 Uhr, Felsenkeller, Leipziger Str. 12  
08.10.2015 Leipzig, 20.00 Uhr, Neues Schauspiel Leipzig, Lützner Straße 29  
09.10.2015 Berlin, Veranstaltung der BUND-Jugend, NAJU und Naturfreund-Jugend  
10.10.2015 Berlin, Demo-Kundgebung TTIP-Demo

05.10.2015 Bielefeld, 19.00 Uhr, Ravensberger Spinnerei, Hist. Saal  
06.10.2015 Hamburg, 19.00 Uhr, Uni HH-Hauptgebäude Flügel West, Raum 221  
07.10.2015 Fulda, 19.30 Uhr, Felsenkeller, Leipziger Str. 12  
08.10.2015 Leipzig, 20.00 Uhr, Neues Schauspiel Leipzig, Lützner Straße 29  
09.10.2015 Berlin, Veranstaltung der BUND-Jugend, NAJU und Naturfreund-Jugend  
10.10.2015 Berlin, Demo-Kundgebung TTIP-Demo

**Landraub**

Weitere Termine der Kinofilmvorführungen: [www.landraub.com/Termine-Deutschland/](http://www.landraub.com/Termine-Deutschland/)

**AbL 10 Milliarden**

**05.10.2015, Ansbach, 19.30 Uhr**  
Filmvorführung von „10 Milliarden - Wie werden wir alle satt?“, mit anschließender Diskussion.  
Schlosskino Ansbach, Eintritt 7,50 €

**Göttinger TTIP Aktionstag**

**02.10.2015, Göttingen 15 Uhr**  
Das Göttinger Bündnis für einen gerechten Welthandel lädt zum Aktionstag „TTIP, CETA und TISA stoppen!“ gegen die Freihand-

delsabkommen unter bisherigen Vorzeichen ein.

Demo, Filme Kulturbeiträge: Marktplatz, Altes Rathaus, 37073 Göttingen

**AbL Thüringer Landfilmfest**

**09.-10.10.2015, Tonndorf**  
Der Filmwettbewerb soll junge Filmemacher motivieren sich mit Landthemen auseinanderzusetzen. Geschichten über die Erzeugung von Baum- und Feldfrüchten sowie tierischen Produkten und Erzählungen über die Menschen, die mit und für Tiere und Pflanzen leben werden in den Mittelpunkt gerückt.

[www.landfilmfest.de](http://www.landfilmfest.de), Anmeldung: [kultur@schloss-tonndorf.de](mailto:kultur@schloss-tonndorf.de)

**TTIP und Ceta**

**13.10.2015, Wilhelmshaven,**  
Die Arbeitslosen Initiative Wilhelmshaven/Friesland lädt ein zur Infoveranstaltung mit dem Thema: „Handelsabkommen TTIP/CETA und die möglichen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft“. Referentin: Berit Thomsen, AbL e.V. .

Ort: Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, Wilhelmshaven, 10.00 Uhr

**AbL Die Äcker der Welt**

**19.10.2015, Elpersdorf, 19.30 Uhr**  
Vortrag von Isabella Hirsch, AbL Franken, zu „Die Äcker der Welt auf unseren Tellern“.

Evangelisches Gemeindehaus Elpersdorf

**AbL Konzerne gegen Bauern**

**26.10.2015, Hirschhorn, 20 Uhr**  
Die AbL Regionalgruppe Rottal/Inn lädt zum Vortrag von Angela Müller mit anschließender Diskussion zum Thema „Das Geschäft mit dem Essen, - Konzerne gegen Bauern“ ein.

Gasthaus Freiling, Dorfplatz 7, 84329 Hirschhorn bei Eggenfelden

**Gefahren von Round up & Co.**

**03.11.2015, Berlin, 11 Uhr**  
Die Gefahren von Glyphosat wurden im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bisher wenig beachtet. Ziel der Tagung ist, entwicklungspolitische Akteure über die Gefahren des Einsatzes von Glyphosat und anderen Pestiziden insbesondere in Entwicklungsländern zu informieren und aufzuzeigen, welche Handlungsbedarf und welche Handlungsoptionen es für die Entwicklungszusammenarbeit gibt. Ganztägige Tagung.

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, Berlin, Anmeldung und Information: [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de) [julia.sievers\[at\]agrarkoordination.de](mailto:julia.sievers[at]agrarkoordination.de)

**23. Witzenhäuser Konferenz**

**01.-05.12.2015**  
Frohes Schaffen!?! – Arbeit in der Landwirtschaft

**STOP TTIP CETA DEMO**

Im Herbst geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen die Demokratie zu untergraben und auszuhebeln.

**SA. 10.10.2015**  
**ES IST ZEIT FÜR PROTEST!**  
**TTIP & CETA STOPPEN!**  
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!  
**MACHEN SIE MIT!**  
[WWW.TTIP-DEMO.DE](http://WWW.TTIP-DEMO.DE)

**Öko-Junglandwirte Netzwerk**

Website: [www.oekojunglandwirtetagung.de](http://www.oekojunglandwirtetagung.de)  
E-Mail: [info@oekojunglandwirtetagung.de](mailto:info@oekojunglandwirtetagung.de)  
Facebook: [OekoJunglandwirtenetzwerk](https://www.facebook.com/OekoJunglandwirtenetzwerk)  
Twitter: [#Junglandwirtetagung](https://twitter.com/Junglandwirtetagung)

Nächster Termin:  
**10. Öko-Junglandwirte-Tagung**  
Fulda, 13. bis 15. November 2015

**Das Öko-Junglandwirte-Netzwerk**

Teilen dieser Ausgabe liegt ein Flyer der AbL-Bayern „**Bauernhöfe statt Agrarfabriken**“ mit Positionen zur artgerechten Tierhaltung bei, erstellt im Rahmen unserer Mitarbeit im „Aktionsbündnis Artgerechtes München“. Zielgruppe des Flyers sind vor allem interessierte Verbraucher, als fachpraktische Unterstützer des Projekts sind Bauern/Tierhalter willkommen:  
[www.artgerechtes-muenchen.de/mitmachen/](http://www.artgerechtes-muenchen.de/mitmachen/)





**Auf nach Altenkirchen/Westerwald  
zur AbL - Tagung und Bundesversammlung**  
20. - 22. November 2015

**Auswege aus der Krise  
Wege für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft**

- u.a. mit Diskussionsforen zu:  
Milch, Tierhaltung, Ackerbau und Ernährungssouveränität
- Werkstattgespräche zu:  
EU-Agrarreform, TTIP/CETA, Eiweißfutterpflanzen, Agrarsozialversicherung, Gentechnik und 2016: 40 Jahre Bauernstimme

Die Mitgliederversammlung wird unter anderem über einen neuen Satzungsentwurf der AbL diskutieren.  
Der Markt der Bäuerlichen Bewegung gibt einen Überblick über die Aktivitäten im Bund und in den Ländern.  
Und die gemütlichen Abende können genutzt werden, alte und neue Freunde und Freundinnen zu treffen.

**Antragsschluss zur AbL-Bundes-MV ist der 20. Oktober 2015.**

Alle Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung mit Anmeldeformular.  
Das ausführliche Programm erscheint in der November-Ausgabe der Bauernstimme.  
Die Agrarpolitische Tagung findet in Kooperation mit der ejl statt.



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Ansprechpartner Sprecherrat**

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredeburg.de

### Niedersachsen

**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

**Südniedr.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle Landesverband:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

**Bodensee:** Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

**Oberschwaben:** Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

### Bayern

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber,

Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; allallgaeu@gmx.de

**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold,

Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

**Sachsen Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

**Thüringen:** Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

## Impressum

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 Christine Weißenberg: 02381-492210  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-presse Druck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

## Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

**Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:**  
Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de

**Internationale Agrarpolitik:**  
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

**Eiweißfutter aus Niedersachsen**  
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



# Der Film kommt auf's Land

nachmittag einen Kinderfilm im Kuhstall. Begleitend dazu Kuhmelken und Führungen im Bienenschaugarten. Kürbissuppe mit Zutaten aus eigenem Anbau, selbst gebackenes Brot, frisch gepresster Apfelsaft, Milch & Honig sowie Apfel- oder Pflaumenkuchen in Bioqualität werden gegen Hunger und Durst angeboten.

Unterstützt wird die Veranstaltung u. a. von der Thüringer Staatskanzlei, der Heinrich-Böll-Stiftung, Fanal e. V., Slow Food e. V. und der Naturstiftung David.

## Kino im Kuhstall.

Zweites Landfilmfest auf Schloss Tonndorf vom 9. – 11. Oktober 2015.

Weitere Infos sowie das gesamte Programm unter: [www.landfilmfest.de](http://www.landfilmfest.de) oder telefonisch unter 036450-44 68 89.

Einmalig in Deutschland und mitten in Thüringen wird der Kuhstall zum Kinosaal und die Holzwerkstatt zur Kurzfilmoase. Das bedeutet Landleben hautnah, mit allen Sinnen: sehen, hören, riechen. Nicht nur auf der Leinwand und dem Monitor. Im Mittelpunkt stehen die Filme, die sich teils kritisch, teils amüsant, teils nachdenklich mit der Entwicklung in der Landwirtschaft auseinandersetzen.

Die gleichzeitig beim Kurzfilmwettbewerb gezeigten Werke stehen unter dem Motto: „Bauer zeugt Leben“. Veranstaltet wird das Filmfest vom Verein „Für Schloss Tonndorf e. V.“ und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland e.V. An beiden Tagen wird das Leben auf Schloss Tonndorf, zu dem u. a. eine Imkerei, eine Obstschneidenschule, ein Biocateringunternehmen mit Bäckerei und eine Milchwirtschaft gehören, ganz im Zeichen der Landwirtschaft und deren filmischer Umsetzung stehen.

Zum Dokumentarfilm „Land am Rand“, der den Niedergang der kleinbäuerlichen Strukturen thematisiert, wird Filmregisseur Götz Penner anwesend sein und an einer anschließenden Podiumsdiskussion teilnehmen. Für Familien mit Kindern gibt es Samstag-



## **unabhängige** Bauernstimme: ohne Ton, aber mit Farbe

10/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.